



Jugend!

ZURÜCK AUF LOS!

EIN THEMENHEFT ZU GERECHTIGKEIT
UND KAPITALISMUS

HENNE ODER EI?

Warum Kapitalismus ohne Krisen nicht zu haben ist.

ALLES AUF MARKT?

Inwiefern die neoliberale Leistungs-ideologie Mensch und Gesellschaft kaputt macht.

ALTERNATIVLOS?

Welche Ideen es gibt, ein gerechteres Morgen zu gestalten.

INHALT

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 03 | EDITORIAL
GERECHTIGKEIT MUSS
 MAN DURCHSETZEN! | 36 | INTERVIEW
WIE STEHT ES UM DIE
 GERECHTIGKEIT ZWISCHEN
 DEN GESCHLECHTERN,
 FRAU SOILAND? |
| 05 | EINLEITUNG
MEHR ALS GLEICHBERECHTIGUNG | 38 | MARX IST MUSS!
WER DEN KAPITALISMUS
 BEGREIFEN WILL,
 KOMMT AN MARX'
 KRITIK NICHT VORBEI |
| 06 | REICHTUM SCHAFFT ARMUT
WIE ES UM VERTEILUNG UND
 GERECHTIGKEIT STEHT | 44 | PRO & CONTRA
REVOLUTION VERSUS REFORM |
| 11 | INTERVIEW
AUF WESSEN KOSTEN LEBEN WIR,
 HERR LESSENICH? | 46 | THE FUTURE IS UNWRITTEN
POSTKAPITALISTISCHE
 ALTERNATIVEN |
| 14 | PRO & CONTRA
100 PROZENT
 ERBSCHAFTSSTEUER? | 52 | PRO & CONTRA
BEDINGUNGSLOSES
 GRUNDEINKOMMEN? |
| 16 | KAPITALISMUS UND KRISE
WESHALB DER EINE NICHT OHNE
 DIE ANDERE ZU HABEN IST | 54 | GELD IST FÜR ALLE DA
UND WAS TARIFFPOLITIK
 DAMIT ZU TUN HAT |
| 24 | ABSOLUTE FREIHEIT –
 TOTALE KONKURRENZ
NEOLIBERALISMUS ALS
 HERRSCHAFTSINSTRUMENT | 58 | MATERIALSAMMLUNG |
| 30 | DAS PROJEKT AUSTERITÄT
WARUM SCHULDEN
 GERECHTER SIND
 ALS EINE SCHWARZE NULL | 60 | IMPRESSUM |



Christiane Benner
Zweite Vorsitzende der IG Metall

GERECHTIGKEIT MUSS MAN DURCHSETZEN!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was ist Gerechtigkeit und was macht sie aus? Diese Frage ist sehr alt und wurde in den vergangenen Epochen immer wieder diskutiert. Ebenso lange engagieren sich Menschen dafür, gerechte Lebensverhältnisse auch durchzusetzen. Das verläuft nicht ohne Konflikte. Gerade aktuell erleben wir weltweit, dass die Schere zwischen Arm und Reich wieder weiter auseinanderklafft. Das gilt es zu verändern. Unsere Gewerkschaftsbewegung kann dabei eine zentrale Rolle einnehmen. Sie hat dem bloßen Gewinnstreben Einzelner von Beginn an eine andere Vorstellung entgegengesetzt. Alle Menschen müssen einen fairen Anteil am gemeinsam geschaffenen wirtschaftlichen Fortschritt erhalten. Dafür schließen wir uns in einer großen, durchsetzungsstarken Gruppe zusammen. Wir haben ein starkes Wertefundament entwickelt, das uns bei unseren vielfältigen Aktivitäten trägt. Der zentrale Wert ist dabei die Solidarität. Es wird eine große Aufgabe, dieses Leitmotiv an der Schwelle zum digitalen Zeitalter in praktische Politik umzusetzen.

Die Voraussetzungen dafür sind eigentlich günstig. National wie global nehmen die Verschränkungen und Abhängigkeiten der Gesellschaften rasant zu. Die Digitalisierung verstärkt diesen Trend noch zusätzlich. Daraus ergeben sich viele konkrete Herausforderungen für uns: Wie muss die Arbeits- und Ausbildungswelt von morgen gestaltet werden, damit mehr Menschen an einem guten Leben teilhaben können? Welchen politischen Gestaltungsrahmen benötigen wir, um den Reichtum deutlich gerechter zu verteilen? Wie kann es uns auf globaler Ebene gelingen, Ausbeutungsverhältnisse von Mensch und Natur zu überwinden? Und wie kann ein Wirtschafts- und Sozialsystem der Zukunft aussehen, das den Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt stellt – und das weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus?

Diese und viele weitere offene Fragen sind tagtäglich Gegenstand unserer Arbeit auf ganz verschiedenen Ebenen. Wir alle wirken in unterschiedlichen Funktionen aktiv an der Weiterentwicklung der (Welt-)Gesellschaft mit. In den Betrieben vor Ort gestalten wir mit unseren Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen den beruflich-sozialen Nahraum der Menschen wesentlich mit. Gleichzeitig nehmen wir Impulse, Wünsche und Notwendigkeiten unserer Mitglieder auf und versuchen diese gegenüber Arbeitgebern und der Politik durchzusetzen. Damit ist das Wesen der Gewerkschaften beschrieben: Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen.

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Um ihn sozialer, gerechter und nachhaltiger zu gestalten ist es notwendig, dass wir uns grundsätzlich mit dem vorherrschenden, auf reine Profitsteigerung orientierten Wirtschaftsmodell auseinandersetzen. Es gibt zu viele offensichtliche Missstände und Ungerechtigkeiten, die ein einfaches „Weiter so“ nicht zulassen. Unser Verständnis von Globalisierung ist, auf der Welt ein friedliches und gerechtes Zusammenleben aller Menschen zu gestalten.

Gewerkschaften waren und sind die Kräfte, die Veränderungen in Gang gesetzt haben und setzen. Ich bin davon überzeugt, dass wir heute die Fragen unserer Zeit mit den Menschen diskutieren müssen, um gemeinsam tragfähige Gesellschaftsentwürfe zu entwickeln. Wir haben eine friedliche und gerechte Welt zu gewinnen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Das hier vorliegende Themenheft liefert die Grundlage, um sich mit diesen Fragen gründlicher auseinanderzusetzen. Es ist unser Antrieb und unsere tiefe Überzeugung, dass es zukünftig deutlich gerechter zugehen muss. Dafür engagieren wir uns jeden Tag vor Ort in den Betrieben, aber auch im Diskurs mit der Politik.

Ich wünsche euch dazu eine spannende Lektüre und uns allen viel Kraft beim Gestalten der zukünftigen Gesellschaft.

Christiane Benner



MEHR ALS GLEICHBERECHTIGUNG

Gerechtigkeit ist einer der stärksten Begriffe unserer Zeit. Ein Wort, das wir uns als Gewerkschaft auf die Fahnen geschrieben haben, als ein Ziel, das wir erreichen wollen. Gerechtigkeit ist ein Zustand, den wir herstellen wollen. Was bedeutet, dass es aktuell einen Mangel an Gerechtigkeit gibt. Gleichzeitig ist Gerechtigkeit aber auch einer der umstrittensten Begriffe unserer Zeit. Was genau ist darunter zu verstehen? Ist sie eine individuelle Tugend, wie es in der antiken Philosophie anklingt? Handelt es sich bei ihr, wie Immanuel Kant es in seinem kategorischen Imperativ formulierte – „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“ –, um eine Frage der Vernunft? Geht es dabei um ein gesellschaftliches Verhältnis? Welche Rolle spielt das Recht? Welche die Moral? Welche die Ökonomie?

Über all diese Fragen lässt sich trefflich streiten. Sicher ist: Gerechtigkeit an sich gibt es nicht. Sie ist ohne einen Wertemaßstab nicht näher zu bestimmen. Es ist also immer auch eine Frage des Standpunktes, was als gerecht verstanden wird oder eben auch nicht. Und der Standpunkt wiederum ergibt sich aus der eigenen Vorstellung darüber, wie die Gesellschaft, in der wir leben, eingerichtet sein soll. Welche Ansprüche und Möglichkeiten Menschen haben sollten. Was ein gutes Leben ausmacht. Was wir unter Menschenwürde verstehen.

Wenn wir also von Gerechtigkeit sprechen, dann geht es nicht um das Verhalten individueller Personen. Sondern um die Einrichtung einer Gesellschaft, die allen ihren Mitgliedern Teilhabe ermöglicht. Dazu gehört auch die Frage nach der Verteilung materieller Güter. Aber der Kampf um Verteilungsgerechtigkeit muss mehr umfassen als lediglich die Sicherstellung eines gleichen Zugangs zu Ressourcen oder die Forderung nach ein wenig mehr Umverteilung. Denn die Beschränkung des Blickes auf rein juristische Gleichheit ignoriert das Problem unterschiedlicher individueller Voraussetzungen von Menschen. Und die Reduzierung des politischen Verlangens auf eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Ressourcen blendet die stetige Produktion und Reproduktion von Ungerechtigkeit im Kapitalismus aus. „Gerechtigkeit sollte nicht nur die Verteilung betreffen, sondern sich auch auf die für die Entwicklung und Ausübung individueller Fähigkeiten sowie die für die kollektive Kommunikation und Kooperation notwendigen institutionellen Bedingungen beziehen“, sagt Iris Marion Young, Politikwissenschaftlerin und Feministin. Young zufolge ist das Gegenteil von Gerechtigkeit, die Ungerechtigkeit, durch zwei Formen von Beschränkung gekennzeichnet: Unterdrückung und Herrschaft. Unterdrückung wiederum kann unterschiedliche Gesichter haben und sich darstellen als Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, Kulturimperialismus und Gewalt. Das bedeutet, dass der gewerkschaftliche und gesellschaftliche Kampf um Gerechtigkeit über den Einsatz für mehr Verteilungsgerechtigkeit hinaus auch immer den Kampf gegen Diskriminierung und Ausschluss und für Freiheit und Selbstbestimmung beinhalten muss.

Freiheit ist dabei nicht nur als Abwesenheit von Zwang zu denken. Sie muss positiv definiert werden, als Fähigkeit und Möglichkeit aller, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. „Es ist schwer zu leugnen, dass in den soziologischen Realitäten entwickelter Industriegesellschaften negative Abwehrrechte kaum hinreichen, um ein Leben zu führen, das ohne Zynismus als frei beschrieben werden kann. Wer dieses Argument nicht ernstnimmt, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, zwar die Freiheit der Reichen, Mächtigen und Erfolgreichen garantieren zu wollen, aber bei weitem nicht die aller Bürger“, so die Münchener Sozialwissenschaftlerin Lisa Herzog.

Wie aber können positive Freiheit und Selbstbestimmung bestimmt werden? Der indische Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen und die US-amerikanische Rechtswissenschaftlerin Martha Nussbaum haben hierfür das Konzept des Befähigungsansatzes (capability approach) entwickelt. Im Mittelpunkt stehen dabei der Mensch und seine Verwirklichungschancen. Ihr Ansatz ist somit in klarer Abgrenzung zu den Konzepten zu verstehen, die sich ausschließlich auf ökonomische Fragen hinsichtlich der Sicherung des

Lebensunterhaltes konzentrieren. Unter Verwirklichungschancen versteht Sen „die Möglichkeiten oder umfassenden Fähigkeiten von Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt“. Dazu gehören Nussbaum zufolge unter anderem die Fähig-

keit, ein lebenswertes Leben von normaler Dauer führen zu können, sich guter Gesundheit zu erfreuen, sich ausreichend ernähren zu können, frei von gewalttätigen Erfahrungen zu sein, emotionale Bindungen aufbauen zu können, das eigene Leben ökonomisch, sozial und emotional gestalten zu können, mit anderen Menschen sozial interagieren zu können, politisch Einfluss nehmen zu können. Wenn Sen und Nussbaum von Fähigkeiten sprechen, dann meinen sie damit jedoch nicht nur die Verwirklichung individueller Potenziale. Sie adressieren gleichermaßen Politik und Gesellschaft, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen diese Chancen haben. Damit gehen sie weit über die Frage einer gleichen Verteilung hinaus. Denn eine gleiche Verteilung allein reicht dazu eben nicht aus. Wer mehr Unterstützung benötigt als andere, um die eigenen Verwirklichungschancen wahrnehmen zu können, beispielsweise aufgrund von Behinderung oder anderer Benachteiligung, muss diesem Ansatz zufolge mehr Unterstützung erhalten, um die gleichen Chancen zu haben. Gerechtigkeit ist also mehr als Gleichberechtigung. Und der Kampf um mehr Gerechtigkeit darf nicht an der Oberfläche steckenbleiben, wenn wir eine tatsächlich gerechte Gesellschaft wollen.

Der gewerkschaftliche Kampf um Gerechtigkeit muss immer auch ein Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung sein.



REICHTUM SCHAFFT ARMUT

WIE ES UM VERTEILUNG UND GERECHTIGKEIT STEHT



Rund 95 Milliarden Euro werden jährlich im Weihnachtsgeschäft in Deutschland umgesetzt. 2017 gaben die Deutschen durchschnittlich 465,70 Euro pro Kopf für Weihnachtsgeschenke aus.

Armut ist kein Zufall. Reichtum auch nicht. In kaum einem vergleichbaren Land vererbt sich die Schichtzugehörigkeit so stark wie in Deutschland. Wie viel Ungerechtigkeit wollen wir akzeptieren?

Es war wie ein kleiner Paukenschlag in der Welt der Prediger/innen des freien Wettbewerbs und der heilenden Kraft der Konkurrenz: Im Herbst 2017 veröffentlichte der Internationale Währungsfond (IWF) eine Studie unter dem Titel „Tackling Inequality“, was auf deutsch so viel heißt wie „Ungleichheit angehen“. In dem Papier wird das Auseinanderdriften der Einkommen und Vermögen in vielen Ländern – vor allem in den westlichen Industrienationen – deutlich kritisiert. Zwar sei, so die Autoren/innen der Studie, für das Funktionieren einer Volkswirtschaft etwas Ungleichheit notwendig. Ihr Ausufernd jedoch könne „den sozialen Zusammenhalt aushöhlen, zu politischer Polarisierung führen und letztlich das Wachstum senken“.

Neu sind weder diese Erkenntnis noch die zu ihrer Untermauerung angeführten Zahlen. Neu ist aber, dass sich plötzlich Institutionen für die Problematik fehlender Verteilungsgerechtigkeit interessieren, die bislang eher dafür standen, diese politisch zu legitimieren. Warum, darüber kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Vielleicht aber spielt das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in Europa und Nordamerika dabei eine nicht unwichtige Rolle. Die globale kapitalistische Wirtschaft profitiert zwar einerseits von nationalstaatlicher Konkurrenz. Sie hat aber gleichzeitig ein großes Interesse an ungehindertem weltweiten Warenverkehr und der Ökonomisierung möglichst aller Lebensbereiche. Völkischer Nationalismus und 1950er-Jahre-Wertevorstellungen passen dazu weniger gut. Doch auch wenn der IWF nicht plötzlich sein Gewissen entdeckt hat, kann die Studie dabei helfen, ein wirklich dringliches Problem verstärkt in den öffentlichen Diskurs zu bringen: Das Problem wachsender ökonomischer Ungleichheit, einer deutlichen Umverteilung von unten nach oben und sinkender sozialer Mobilität – auch und vor allem hier in Deutschland.

WIE STEHT ES UM DIE REICHTUMSVERTEILUNG?

Das globale Vermögen betrug 2017 gut 280 Billionen Euro. Wäre es weltweit gleich verteilt, besäßen alle Erwachsenen 48.000 Euro. Ist es aber nicht – ganz im Gegenteil. Aktuell gibt es in Deutschland rund zwei Millionen Menschen, die mehr als 855.000 Euro besitzen – sogenannte Dollar-Millionäre/innen. Und mit rund 7.200 Superreichen – Personen mit einem Vermögen von mehr als 42,5 Millionen Euro (50 Millionen Dollar) – liegt Deutschland auf Platz drei hinter den USA und China.

Auffällig dabei: Deutschland ist weltweiter Spitzenreiter im Vererben von Wohlstand. Rund 28 Prozent der Multimillionäre/innen hier verdanken ihren Reichtum allein ihrem Erbe. Gleichzeitig sind rund 13 Millionen Menschen in Deutschland von Armut betroffen oder bedroht – so viele wie seit 1990 nicht mehr. Erwerbslose, Alleinerziehende, Familien mit Migrationshintergrund sowie junge und alte Menschen sind dabei besonders gefährdet. Knapp 2,7 Millionen Kinder und Jugendliche leben in Armut, etwa genauso hoch ist die Zahl der Armutsbetroffenen über 64 Jahren. Mehr als eine halbe Million Menschen über 65 sind auf Grundsicherung angewiesen. Mehr als eine Million Menschen über 64 haben einen Minijob – davon wiederum sind 221.000 über 75 Jahre alt.

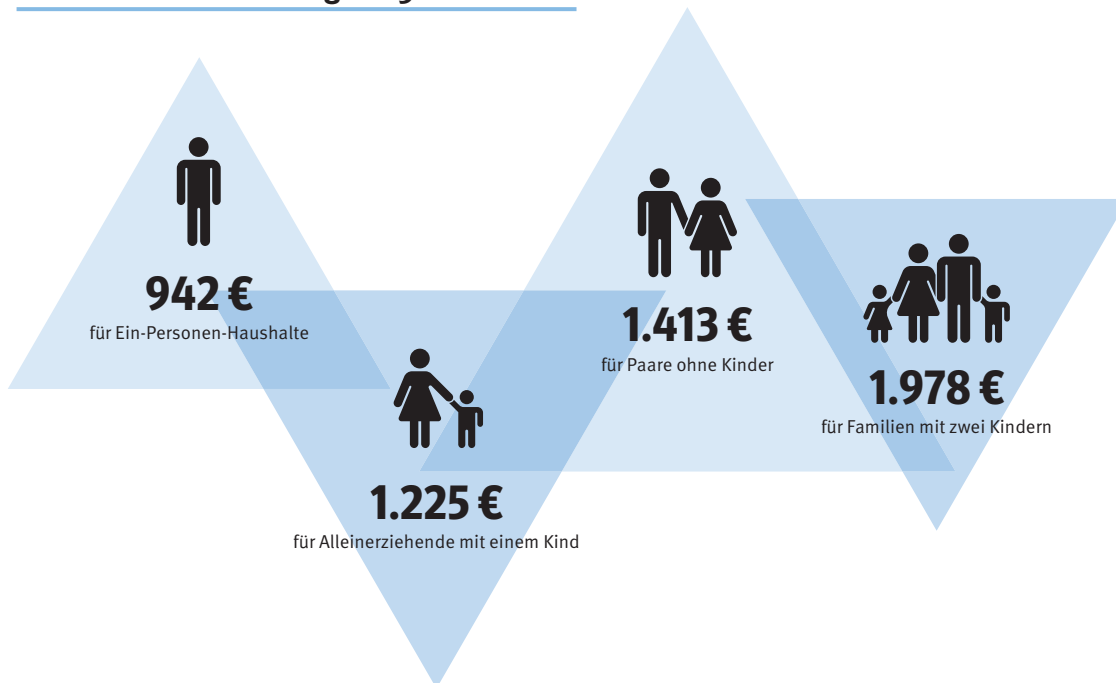
Die Schere geht auseinander. Laut Bundesbank besitzen die zehn Prozent der reichsten Haushalte rund 60 Prozent des gesamten Nettovermögens, während die 50 Prozent der Haushalte am unteren Ende der Leiter über lediglich ein Prozent des Nettovermögens verfügen. Anita Tiefensee vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung

kommt in einer Studie zur Vermögensverteilung in Deutschland zu dem Ergebnis, dass 30 Prozent der Haushalte im Falle eines Einkommenswegfalls maximal ein paar Wochen bzw. Monate von ihrem Ersparten leben könnten. 20 Prozent wäre es möglich, einen Einkommensausfall rund zwei Jahre lang auszugleichen. Den aktuellen Lebensstandard ohne regelmäßiges Einkommen bis zu acht Jahre lang halten könnten weitere 30 Prozent. Zehn Prozent könnten dies 13 Jahre lang und fünf Prozent mehr als 21 Jahre.

WAS IST ARMUT?

Zunächst einmal kann Armut in Zahlen definiert werden. Absolut arm sind Menschen, die ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können. Dazu zählen Essen, Trinken, ein Dach über dem Kopf, angemessene Kleidung und medizinische Grundversorgung. Der Weltbank zufolge gilt als absolut arm, wessen Einkommen unter 3,10 US-Dollar pro Tag liegt. Bei einem Einkommen von weniger als 1,90 Dollar pro Tag spricht die Weltbank von extremer Armut. Mit 702 Millionen Menschen sind rund 9,6 Prozent der Weltbevölkerung davon betroffen. Als relativ arm gilt, wer zwar seine/ihre Grundbedürfnisse befriedigen, darüber hinaus jedoch an vielen Dingen nicht teilhaben kann, die für andere normal sind. Zum Beispiel hin und wieder ins Theater, Kino, Museum oder Konzert gehen, Restaurantbesuche oder auch regelmäßige Urlaube außerhalb der eigenen vier Wände. Wie der Begriff „relativ“ anzeigt, wird diese Form der Armut im Verhältnis zu den durchschnittlichen Einkommen in einer Gesellschaft bemessen. Relativ arm sind Menschen, deren Einkommen unter

Die Armutsschwelle lag 2015 bei netto ...





860.000 Menschen waren 2017 in Deutschland wohnungslos. Rund 52.000 mussten auf der Straße leben. Gleichzeitig verkauften Bund, Länder und Kommunen massenhaft bezahlbaren Wohnraum an private Investoren, die damit vor allem eins machen wollen: größtmöglichen Profit.

der jeweiligen Armutsrisikogrenze, in Deutschland sind das 60 Prozent des mittleren Einkommens. Der gleiche Wert gilt auch als EU-Standard.

So wie Erben ein relevanter Faktor ist, um reich zu werden und zu bleiben, gibt es auch Umstände, die das Risiko fördern, arm zu werden bzw. es zu bleiben. Erwerbslosigkeit steht dabei auf Platz eins: Mit knapp 70 Prozent sind mehr als zwei Drittel aller Erwerbslosen in Deutschland armutsgefährdet. Auch der Bildungsabschluss hat Auswirkungen. Lediglich zehn Prozent der Personen mit einem hohen Bildungsstand leben in Armut, während die Armutsgefährdungsquote bei niedrigem Bildungsstand knapp 30 Prozent beträgt. Auch Alleinerziehende und Alleinlebende haben es schwerer. Rund 34 Prozent der Haushalte von Alleinerziehenden sind armutsgefährdet; bei Alleinlebenden unter 65 Jahren ist es mehr als jede/r Dritte.

Was aber bedeutet Armut über diese Zahlenakrobatik hinaus? Armut ist ein Teufelskreis. Denn einmal darin gefangen, ist es unendlich schwer, sich wieder daraus zu befreien. Armut schließt aus, weil sie krank macht,

Scham verursacht und Teilhabe verhindert. Arme Menschen müssen sich häufig schlechter ernähren, weil sie sich gesunde, vollwertige Lebensmittel nicht leisten können. Medizinisch ist nur die Grundversorgung drin. Darüber hinausgehende Vorsorge oder bessere Behandlungen liegen außerhalb des finanziell Möglichen. Wer arm ist, stirbt für gewöhnlich letztendlich auch früher. Oft ist die Wohnsituation schlechter, weil mehr Menschen auf weniger Raum zusammenleben müssen. Neue Kleidung gibt es selten, noch seltener neue technische Geräte. Gerade für Kinder und Jugendliche kann das Folgen haben, die das ganze weitere Leben bestimmen. Denn in den meisten Fällen erschwert das fehlende Geld auch den Zugang zu guter Bildung. So sind die Perspektiven schon weg, bevor man sich überhaupt richtig auf den Weg machen konnte. Das Risiko, ein ökonomisch dauerhaft prekäres Leben vor sich zu haben und schlussendlich in Altersarmut zu enden, ist enorm hoch. Mit Chancengleichheit oder gar Gerechtigkeit hat das rein gar nichts zu tun.

GLEICHE CHANCEN?

Die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit ist eng verwoben mit der nach Chancengerechtigkeit. Warum? Ganz einfach, weil viele zentrale Aspekte des Lebens wie Einkommen, Gesundheit, Zugang zum Arbeitsmarkt oder politische Teilhabe nicht zufällig so verteilt sind, wie sie es sind. Vielmehr gibt es Schichten in unserer Gesellschaft, die mehr Vorteile haben und andere, die eher benachteiligt werden. Doch nicht nur das: In kaum einem anderen vergleichbaren Land vererbt sich die Schichtzugehörigkeit so stark wie in Deutschland. Anders formuliert: In Deutschland hat sich die Einkommensverteilung stark verfestigt. Die Durchlässigkeit sinkt; Armut und Reichtum werden immer dauerhafter. Am stärksten zeigt sich die Verfestigung am oberen Ende der Gesellschaft. Der Anteil der sehr Reichen, die sehr reich bleiben, liegt bei 63 Prozent. Das bedeutet, nur sehr wenige dieser Menschen sind von Abstiegsrisiken betroffen.

Gleichzeitig sind für Personen in der unteren Mitte die Abstiegsrisiken gestiegen, während die Chancen aufzusteigen gesunken sind. Und das hat gravierende Folgen. Denn je länger eine Armutssituation andauert, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die fehlenden finanziellen Ressourcen auch im Alltag massiv bemerkbar machen. Sich wichtige Dinge oder Dienstleistungen nicht mehr leisten zu können, wie beispielsweise ein Auto oder eine Monatskarte, Reparaturen im Haushalt oder gesundes Essen, verunmöglicht oder erschwert die Teilhabe an der Gesellschaft bzw. einen möglichen (Wieder)-Aufstieg. So wächst die Zahl derjenigen, die dauerhaft außerhalb der vermeintlichen gesellschaftlichen Normalität leben müssen. Verstärkt wird diese Tendenz durch prekärer werdende Berufsverläufe, in denen atypische Beschäftigungsformen – wie etwa geringfügige Beschäftigung oder unfreiwillige Teilzeit – zu einem Dauerzustand werden.

WAS TUN?

Verteilungsgerechtigkeit ist keine Frage individueller Leistungsfähigkeit, sondern politischer Weichenstellungen. Die Gesellschaft bestimmt darüber, wie viel Ungleichheit sie akzeptiert. Das heißt: Wir alle treffen diese Entscheidung. Denn Möglichkeiten, mehr Gerechtigkeit herzustellen, gibt es viele. Oft mangelt es einfach am politischen Willen.

Gabriel Zucman, ein französischer Wirtschaftswissenschaftler, der schwerpunktmäßig zu Vermögensungleichheit und weltweiter Steuerflucht forscht, hat auf Basis einer Datenanalyse festgestellt, dass das weltweite Offshore-Vermögen schneller wächst als die Weltwirtschaft. „Rund 80 Prozent des Vermögens in Steueroasen gehören den reichsten 0,1 Prozent der Haushalte. 60 Prozent, also drei Viertel davon, gehören den 0,01 Prozent ganz oben – Menschen, die mehr als 50 Millionen US-Dollar Nettovermögen besitzen“, so Zucman. Seiner Ansicht nach fehlt es an harten und konsequenten Sanktionen. Banken, die Steuerflucht ermöglichen und daran verdienen, müssten ohne Wenn und Aber zur Rechenschaft gezogen werden. „Wir müssen sagen: Wenn eine Bank das macht, ist sie weg vom Markt. So viel kostet es eben, Finanzverbrechen zu unterstützen. Am Ende geht es darum, dass wir die Macht der Banken einschränken und das Gefühl beseitigen, sie seien zu groß, um sie pleitegehen zu lassen.“

Darüber hinaus sollte die 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer wiedereingeführt werden. Denn: Wer über ein großes Vermögen verfügt, ist bei gleichem Einkommen leistungsfähiger als jemand ohne Vermögen. Deshalb muss es neben der Einkommenssteuer ein weiteres Instrument zur finanziellen Lastenverteilung in der Gesellschaft geben. Dafür die Mehrwertsteuer zu nutzen, ist ungerecht.

Denn damit werden vor allem die einkommensschwachen, nicht-vermögenden Bevölkerungsschichten belastet, die den größten Teil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben müssen. Die Reaktivierung der Vermögenssteuer soll vor allem Reiche und Superreiche wieder in die gesellschaftliche Pflicht nehmen. Mithilfe einer Zugrundelegung von aktuellen und realistischen Immobilienwerten sowie entsprechend hohen Freibeträgen kann ausgeschlossen werden, dass es die Falschen trifft. Wer über selbstgenutztes Wohneigentum verfügt, für das Alter vorsorgt oder einfach Ersparnisse hat, die das Leben angenehmer machen sollen, muss keine Befürchtungen haben.

Und hinsichtlich des Spitzensteuersatzes hat sogar der IWF in seiner eingangs erwähnten Studie festgestellt, dass dieser in den führenden Wirtschaftsnationen zwischen 1981 und 2015 von durchschnittlich 62 Prozent auf 35 Prozent gesunken ist. Und dass seine Erhöhung keinerlei negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum hätte. Ein Grund mehr, hier anzusetzen, anstatt in ideologischen Debatten zu versinken.

Armut ist ein Teufelskreis. Einmal darin gefangen, ist es unendlich schwer, sich wieder daraus zu befreien.

AUF WESSEN KOSTEN LEBEN WIR, HERR LESSENICH?



PROF. DR. STEPHAN LESSENICH

Stephan, dein aktuelles Buch heißt „Neben uns die Sintflut“. Darin sagst du, uns im Westen geht es gut, weil es den meisten Menschen anderswo schlecht geht. Was genau meinst du damit?

Der Titel nimmt Bezug auf den an biblische Vorstellungen anknüpfenden Ausspruch „Nach uns die Sintflut“. Das ist ein gut eingeführtes Bild. Es bezeichnet die Vorstellung, dass wir auf Dauer auf Kosten unseres Planeten und nachfolgender Generationen leben. Ich vertrete in meinem Buch die These, dass schon heute die Kosten unserer hiesigen Lebensweise von anderen erbracht werden müssen. Und dass bereits jetzt anderswo Verheerungen und Verwüstungen stattfinden, die mit dem Bild der Sintflut beschrieben werden können. Wir leben in einer Externalisierungs-, also einer Auslagerungsgesellschaft. Wir lagern Kosten aus und eignen uns fremde Ressourcen an: Rohstoffe, Arbeit, Umwelt. Etwa, wenn wir unsere CO₂-Emissionen irgendwo anders auf der Welt abladen. Es geht im Kern darum, dass unsere hiesigen Lebensverhältnisse auf Voraussetzungen aufbauen, die anderswo erbracht werden.

„Die internationale Arbeitsteilung besteht darin, dass einige Länder sich im Gewinnen und andere im Verlieren spezialisieren.“ Wie gravierend sind die Kosten unseres Wohlstands für andere?

Die Kosten unseres Wohlstands fallen schon lang an. Daran erinnert das ein halbes Jahrhundert alte Zitat des uruguayischen Schriftstellers Eduardo Galeano. Im Prinzip ist die gesamte westliche Kolonialisierungsgeschichte eine Externalisierungsgeschichte. Immer ist es um die Aneignung von Land, Arbeit und Ressourcen auf ent-

fernten Kontinenten gegangen. Unter Inkaufnahme der Vernichtung ganzer Völker, und eben auch – bis heute – der Ausbeutung von Naturressourcen. Das hinterlässt verwüstete Landschaften, zwingt Menschen, ihre Ländereien zu verlassen, weil der Boden nicht mehr zu bewirtschaften ist, weil die Umweltschäden zu groß sind, weil es keine Arbeit mehr gibt, weil sie ihres Eigentums beraubt worden sind. Diese Schäden sind wirklich existenziell für viele Menschen in vielen Weltregionen, und man kann eine lange Geschichte dieses Leidenswegs an der hiesigen Produktions- und Konsumweise nachzeichnen. Meines Erachtens sind die Effekte in den letzten Jahrzehnten nicht geringer, sondern noch massiver geworden. Die Ungleichheit hat sich verfestigt, bis in die alltäglichen Lebensbedingungen und die Möglichkeiten, einer geschützten Arbeit nachzugehen und soziale Sicherheit zu finden. Es geht auch um geringere Lebenserwartungen. Das sind Existenzfragen.

Wir leben auf Kosten anderer – und zwar gut. Wie lange kann das funktionieren?

Fatalistisch könnte man sagen, wir sind bereits mitten in der Klimakatastrophe und die von uns produzierten Verwerfungen haben schon nicht mehr zu behebende Langfristwirkungen. Die Grundidee der „Neben uns die Sintflut“-Diagnose ist, dass unser hemmungsloses Produktions- und Konsumsystem auf der Überausbeutung fremder Ressourcen aufbaut. Und die Folgen des Externalisierungshandelns der westlichen Industriegesellschaften fangen an, auch auf die Lebensverhältnisse und die Bevölkerung hierzulande zurückzuschlagen. Auf die Dauer lassen sich die Kosten

eben nicht effektiv auslagern. Umweltschädigungen anderswo schlagen auf uns zurück, und sei es, weil dort die Lebensgrundlagen von Menschen ruiniert werden, die dann migrieren müssen. Ein – wenn auch kleiner – Teil dieser globalen Migrationsbewegung kommt ja, wie wir wissen, in Europa an oder versucht es zumindest. Was wir in den letzten zwei Jahren als Flüchtlingskrise bezeichnet haben, ist zum Teil eine Folge unserer Art zu produzieren und zu konsumieren.

Zukunftsvisionen von wachsendem Wohlstand für alle oder einem grünen Kapitalismus nennst du Selbstbetrug. Wo können dann Lösungen liegen?

Die liberale Theorie setzt darauf, dass die Entwicklung des globalen Südens unter anderem durch billige Arbeit und umweltschädigende Produktion funktioniert. So sollen sich für diese Länder in der globalen Wirtschaft Nischen finden, in denen sie eine Entwicklungsfähigkeit erreichen, die dann zu eigenständigem Wirtschaftswachstum führt. Dadurch sollen langfristig auch diese Gesellschaften auf einen Lebensstandard kommen, der womöglich dem der hiesigen vor zwei bis drei Jahrzehnten ähnelt. Ich halte eine solche liberale Aufholerzählung im Kern für bloße Selbstberuhigung. Wenn man ihr glaubt, vergisst man, dass sich der Aufstieg der westlichen Industriegesellschaften der Tatsache verdankt, dass er gerade nicht überall stattgefunden hat. Ihre Stellung ist eben wesentlich exklusiv. Je mehr andere Ökonomien, wie China, ebenfalls nach einer solchen Stellung streben und auch zu Externalisierungsgesellschaften werden, umso mehr gerät das System in Schiefelage. Es lebt davon, dass nur einige wenige externalisieren und andere die Kosten tragen. Deswegen ist eine allgemeine Aufholbewegung schon logisch nicht plausibel. Aber es gibt noch andere Beruhigungsstrategien, zum Beispiel mit Fokus auf die technische Entwicklung. Spekuliert wird, über technologische Innovationen könnten materielles Wachstum und der Verbrauch natürlicher Ressourcen entkoppelt werden, etwa durch Umstellung von Verbrennungsmotoren auf E-Mobilität. Diese Lösungen setzen immer darauf, dass man unter veränderten Formen die bestehende Produktions- und Konsumweise aufrechterhält. Ich glaube, das ist nicht der Weg. Es geht nicht darum,

neue Formen der Individualmobilität zu finden, sondern überhaupt andere Formen der Mobilität, die nicht so ressourcenverbrauchend und nicht auf Kosten von Dritten organisiert sind.

Wie werden wir unser Leben verändern müssen?

Das ist natürlich immer eine schwierige Frage. Im Prinzip muss man auf zwei Ebenen ansetzen: bei individuellen Verhaltensänderungen und beim kollektiven Handeln. „Individuelle Verhaltensänderungen“ klingt irgendwie neoliberal. Man sagt uns, der Einzelne muss sich am Riemen reißen, dann wird alles besser werden. Aber so ist es nicht. Natürlich sollte jede und jeder tun, was individuell von der eigenen sozialen Position aus machbar ist, vor allem nachhaltiger und weniger konsumieren. Da sind die Möglichkeiten gesellschaftlich aber ungleich verteilt. Ökonomisch bessere Haushalte könnten selbstverständlich einfacher reduzieren und mehr Verhaltensänderungen an den Tag legen. Das tun sie nur sehr bedingt. Vor allem wird aber eine Änderung des individuellen Konsumverhaltens nicht ausreichen. Wir müssen auf kollektives Handeln setzen, denn unsere individuellen Konsumweisen sind ja eingebettet in gesellschaftliche Produktionsweisen. Das heißt, wir müssen anders produzieren und auch anders arbeiten. Dafür ist es notwendig, durch kollektives Handeln Fragen danach zu stellen, was produziert wird und wie. Dann müssen die politischen Rahmenseetzungen verändert werden. Und das passiert nur, wenn es starke Kollektivorganisationen gibt, die darum kämpfen und dafür streiten.

Prof. Dr. Stephan Lessenich ist Direktor des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Arbeitsgebiete sind die politische Soziologie sozialer Ungleichheit, vergleichende Makrosoziologie, Wohlfahrtsstaatsforschung, Kapitalismustheorie und Alterssoziologie. 2016 erschien sein Buch „Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis.“





T-Shirts für 99 Cent? Jeans für 8,50 Euro? Den Preis für billige Trendmode zahlen nicht die Konsumenten/innen in Deutschland, sondern die Arbeiterinnen in Bangladesch. Dort schufteten sie unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen – sieben Tage die Woche, zwölf Stunden am Tag, ohne Urlaub, ohne Mutterschutz – für Löhne von 50 bis 100 Euro monatlich. 2013 stürzte das Rana Plaza ein, ein Gebäudekomplex mit mehreren Textilfabriken, in denen unter anderem auch Primark produzieren ließ. 1.138 Menschen kamen dabei ums Leben, 2.400 wurden verletzt. Der Streit um Entschädigungen dauerte Jahre.

100 PROZENT ERB

ERBSCHAFT VERLANGT NICHTS

DESHALB SIND 100 PROZENT NUR GERECHT.

PRO Seit vielen Jahren wird insbesondere über diejenigen Steuern heftig debattiert, die Vermögende stärker als bisher belasten – also vor allem die Vermögens- und Erbschaftssteuer. Mit Erfolg, zumindest aus Sicht der Besitzenden. Denn sie wurden in den vergangenen 20 Jahren verstärkt entlastet. Während die Verbrauchssteuern stiegen, die Steuern also, die in erster Linie von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entrichtet werden.

Im Jahr 2016 gab es eine Erbschaftssteuerreform, nachdem das Bundesverfassungsgericht Nachbesserungen verlangte. Die Gesetzesänderung betraf vor allem Steuervergünstigungen für Erben von Unternehmen. Sie legte fest: Wenn die Erben/innen das Unternehmen weiterführen, werden sie auch zukünftig von der Erbschaftssteuer befreit. Für Erben, denen besonders große Vermögen hinterlassen werden, gab es Veränderungen. So sollen sie ab einer Erbschaft in Höhe von 26 Millionen Euro erst nach einer Prüfung von der Steuer befreit werden können. Liegt das Erbe bei 90 Millionen oder darüber, gibt es grundsätzlich keine Steuernachlässe. Jetzt könnte man denken: Wen betrifft das schon? Die Antwort: Nicht wenige. Denn immer mehr Menschen erben. Und immer mehr Menschen erben große Vermögen, Firmen, Grundstücke. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) geht laut davon aus, dass zwischen 2012 und 2027 in Deutschland jedes Jahr rund 400 Milliarden Euro vererbt werden. Jedoch erbt nur knapp die Hälfte aller Deutschen, die andere geht leer aus. Wegen der hohen Erbschaften und der – im internationalen Vergleich – niedrigen Vermögenssteuern ist die Ungleichheit bei Privatvermögen in Deutschland so stark wie sonst nirgendwo in der Eurozone.

Die meisten Erben/innen müssen dank hoher Freibeträge keine Erbschaftssteuer zahlen. Damit keine Missverständnisse entstehen: Es geht hier um das Erben von echten Vermögenswerten. Nicht um das Haus von Oma. Das und Ähnliches ist sowieso ausgenommen – dafür muss auch nach neuem Recht keine Erbschaftssteuer gezahlt werden, wenn man es selbst nutzt.

Und für alles andere ist eine hundertprozentige Erbschaftssteuer im Grunde eine sehr gerechte Sache. Warum sollen ausgerechnet diejenigen ein gutes Leben führen, die nichts dafür getan haben und nur durch den Zufall der Geburt reich sind? Chancengerechtigkeit sieht anders aus. Dafür braucht es die gleiche Ausgangsbasis für alle. Oft wird gegen eine hohe Erbschaftssteuer angeführt, sie würde zu stark umverteilen. Aber ja! Genau darum geht es! Das ist ihr Zweck. Die vorherrschende soziale Ungleichheit führt zu einer Gesellschaft in Angst, die Spaltung nimmt zu. Würde in jeder Generation ein Schnitt gemacht werden, gäbe es mehr soziale Gleichheit. Große Vermögen würden vergesellschaftet, beispielsweise in Form spezieller Fonds. Darin würden die Erbschaften eingezahlt werden. Und alle bekämen zum 18. Geburtstag von der Gesellschaft ein Startgeld ausgezahlt. Das wäre echte Chancengerechtigkeit, oder?

Außerdem könnten sich so diejenigen durchsetzen, die wirklich etwas können. Erbschaft verlangt kein Können und kein Talent. Studien zeigen immer wieder, dass Erben/innen nicht unbedingt die besten Manager/innen sind und die Betriebe oft schlechter führen. Ein Neustart in den Eigentümerverhältnissen eines Betriebes muss also nicht zwangsläufig zum Nachteil einer Firma sein. Dazu kommt: Viele Erben/innen verkaufen heute ihr Unternehmen, wenn genug Zeit verstrichen ist und sie keine Besteuerung mehr riskieren müssen – gerade, wenn ihnen das Unternehmertum gar nicht liegt. Auch das würde mit einer entsprechenden Erbschaftssteuer der Vergangenheit angehören.

Wer ein Unternehmen aufbauen will, muss einen Kredit aufnehmen. Warum gilt das nicht auch für den Fall, dass jemand ein riesiges Erbe antreten will? So wäre die Entrichtung der Erbschaftssteuer kein Problem und die Besitzstandswahrung und -ausweitung auf Seite der Vermögenden endlich Geschichte. Wer dann noch einen Ferrari haben will, muss sich ihn eben erarbeiten. So wie alle anderen auch.

SCHAFTSSTEUER?

ERBEN IST EIN GUTES RECHT

DESHALB BRAUCHEN WIR EINE MODERATE LÖSUNG.

CONTRA Deutschland gehört zu den Ländern, die Erbschaften und Schenkungen innerhalb der Familie am höchsten besteuern. Das birgt viele Risiken, vor allem auch gesellschaftliche. Denn die Betroffenen könnten ihre Vermögen sicherheitshalber ins Ausland verlagern. Gerade, wenn es um große Werte geht. Und das wiederum könnte zu einer echten Gefahr für Arbeitsplätze in Deutschland werden – beispielsweise dann, wenn es sich um Sachvermögen wie Unternehmen handelt.

Die deutsche Wirtschaft lebt vom Mittelstand. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und Garant für viele Millionen Jobs. Deshalb verdienen kleine und mittelständische Familienunternehmen Respekt und Schutz statt neuer Belastungen. Eine moderate Erbschaftssteuer schont den Mittelstand. Sinn machen darüber hinaus höhere Freibeträge und besondere Regeln für kleine und mittlere Unternehmen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zur Erbschaftssteuer die Rechtmäßigkeit solcher Regelungen bereits festgestellt: Wenn der Schutz von Arbeitsplätzen für einen bestimmten Zeitraum garantiert ist, kann die Erbschaftssteuer reduziert werden oder ganz ausfallen. Der Vorteil daran: Bleibt den Erben ein Großteil des Nachlasses, kann dieser wieder investiert werden. Damit können mittel- und langfristig gesehen neue Arbeitsplätze und Innovationen entstehen.

Eine hundertprozentige Erbschaftssteuer würde bedeuten, dass sich Leistung nicht mehr lohnt: Viele Menschen bauen Unternehmen mit dem Ziel auf, sie über Generationen in der Familie zu halten. Ihre Betriebe sind ihr Lebenswerk. Davor sollte eine Gesellschaft Respekt haben. Eine Erbschaftssteuer von 100 Prozent wäre das Ende einer gerechten Leistungsgesellschaft. Auch wer große Geldvermögen anhäuft, muss darüber frei verfügen können. Eine moderate Erbschaftssteuer ist nur gerecht. Denn die Unternehmer/innen arbeiten hart für ihren Erfolg. Und zahlen schon kräftig Steuern. Eine Erbschaftssteuer wird in der Regel auf Vermögen erhoben, die bereits besteuert wurden, beispielsweise durch die

Einkommenssteuer oder die Grundsteuer. Das Vermögen hat also schon mal dem Gemeinwohl gedient. Eine doppelte Besteuerung wäre ungerecht. Und darüber hinaus: Was würde denn mit dem Mehr an Steuern passieren? Wird die Gesellschaft gerechter? Oder versickert das Geld nicht viel mehr im Bundeshaushalt? Vergangene Steuererhöhungen haben gezeigt, dass kein/e Bedürftige/r mehr bekommt, wenn andere mehr abgeben müssen.

Stattdessen wird eine Erbschaftssteuer von 100 Prozent Vermögende erfinderisch machen: Neben dem angesprochenen Weggang aus Deutschland hat bereits jetzt ein zweiter Weg an Attraktivität gewonnen. Denn man kann einen Teil seines Vermögens über Jahre hinweg in regelmäßigen Abständen schon vor dem Tod übertragen – und zwar ohne dass eine Schenkungssteuer anfällt.

Das Maß der Dinge sollte der soziale Umgang mit dem Erbe sein. Das Grundgesetz macht in Artikel 14 klar: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Betriebe müssen weitergeführt, Arbeitsplätze erhalten oder ausgebaut werden. Eine hundertprozentige Erbschaftssteuer könnte genau dieses Gemeinwohl gefährden. Nämlich dann, wenn Unternehmer/innen den Wert ihrer Firma, der sich aus Patenten, Grundstücken, Know-how, den Produkten und dem Umsatz zusammensetzt, nicht auf der hohen Kante haben und deshalb die Erbschaftssteuer nicht zahlen können. Das wäre der Ruin – für die Unternehmen und die Beschäftigten.

Und auch perspektivisch gesehen: Was, wenn nicht der Aufbau von Wohlstand, ist die Triebfeder für harte Arbeit, für kreative Erfindungen, für Geschäftsideen und für Produkte, die das Leben leichter machen? Eine Erbschaftssteuer von 100 Prozent ist nichts anderes als eine Motivationsbremse. Das kann keiner ernsthaft wollen. Und das löst auch keine Gerechtigkeitsprobleme. Gerechtigkeit braucht Maß und Mitte – keinen Rasenmäher.



KAPITALISMUS UND KRISE

WESHALB DER EINE NICHT OHNE DIE ANDERE ZU HABEN IST



Quer über Deutschland verteilt lagern in 150 geheimen Hallen staatliche Lebensmittelvorräte für den Krisenfall. Zu dieser sogenannten zivilen Notfallreserve gehören 555.000 Tonnen Weizen, 75.000 Tonnen Roggen, 100.000 Tonnen Hafer sowie Kondensmilch, Reis, Erbsen und Linsen. Geheim sind die Lagerorte, um Plünderungen zu verhindern.

Wie funktioniert der Kapitalismus? Wie hat er sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt? Warum ist er so anfällig für Krisen? Und welche Lösungen bietet der Neoliberalismus dafür an? Ein kurzer historischer Abriss.

Der Wohlstand auf der Welt ist höchst ungleich verteilt. Wenige verfügen über ungeheuren Reichtum, während viele viel zu wenig haben, um einigermaßen würdevoll leben zu können. Weite Teile der Weltbevölkerung leben in extremer Armut, sterben vor Hunger oder fliehen vor Krieg und Elend. Es geht auf unserem Planeten nicht gerecht zu, so viel steht fest. Aber warum?

KAPITALISMUS SCHAFFT WAREN – KEINE GERECHTIGKEIT

Die gesamte Welt ist dem Kapitalismus unterworfen. Und diese Art der Produktion kennt nur ein Ziel, den Profit. Ein Brot wird nicht gebacken, um den Hunger zu stillen, sondern um es zu verkaufen. Für jede/n Unternehmer/in ist Profit die entscheidende Maxime, denn ein Unternehmen muss letztendlich wachsen, damit es überlebt. Deshalb stehen im Kapitalismus alle in Konkurrenz zueinander, daher durchdringt der Wettbewerb sämtliche gesellschaftlichen Bereiche. Unternehmen wetteifern um Absatzmärkte, Menschen um Arbeitsplätze. Das Konkurrenzprinzip kennt kein Pardon. Wer als Unternehmer/in erfolgreich sein will, muss Profite erwirtschaften. Mehr Profite als der/die Mitbewerber/in. Denn andernfalls kann einen die Konkurrenz einfach vom Markt drängen. Um also eine möglichst hohe Gewinnspanne zu haben, müssen Unternehmen so kostengünstig wie nur möglich arbeiten. Und wie spart man Kosten? Am einfachsten am Faktor Mensch. Zum Beispiel durch Entgeltkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen oder die Verlagerung von Produktionsstätten. Das Prinzip Profitmaximierung bedingt, dass weder der Mensch noch die Natur im Mittelpunkt stehen. Es geht nicht darum, die Grundbedürfnisse aller zu befriedigen. Das ist im Kapitalismus zweitrangig. Er funktioniert auch, ohne alle Menschen satt zu bekommen.



BEGINN DER KAPITALISTISCHEN MODERNE

Seit gut 200 Jahren leben wir im modernen Kapitalismus. In der Phase der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstanden – nach Erfindung der Dampfmaschine – erste Fabriken, in denen die Arbeiter/innen (Männer, Frauen und Kinder) unter zutiefst unmenschlichen Bedingungen bis zu 16 Stunden am Tag schufteten mussten. Im 20. Jahrhundert veränderte sich die Situation der Arbeiter/innen durch politische und gewerkschaftliche Organisation: Die katastrophalen Arbeitsbedingungen im europäischen Kapitalismus konnten durch erkämpfte Regelungen zum Arbeitsschutz und zur Arbeitszeit verbessert werden. Gleichzeitig wurden

Gewerkschaften und die sozialistische Bewegung immer wieder Opfer politischer Angriffe. In Deutschland wurden Ende des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts durch den Reichskanzler Otto von Bismarck Sozialversicherungen für die alltäglichen Lebenssituationen und -risiken wie Alter, Krankheit, Arbeitsunfälle und schließlich Erwerbslosigkeit eingeführt. Ein Ziel davon war es, den Gewerkschaften das Wasser abzugraben, sie zu schwächen und die Arbeiter/innen zu befrieden. Das sollte Druck vom Kessel nehmen, denn die politische Elite fürchtete eine Revolution.



WELTWIRTSCHAFTSKRISE UND NATIONALSOZIALISMUS

Im Oktober 1929 kam es zu einer großen Weltwirtschaftskrise, die vor allem Europa und Nordamerika erschütterte. Sie begann mit einem Börsencrash in New York. Die Folgen waren Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und politische Instabilitäten. In den USA konnte die Demokratie bewahrt werden. Es kam zum New Deal unter Präsident Roosevelt. Mit Wirtschafts- und Sozialreformen gab er den USA neue Hoffnung. Die Gewerkschaften erstarbten und konnten in der Krise die Anzahl ihrer Mitglieder verdoppeln. Anders in Deutschland: Hier führte die Krise in die politische Katastrophe. Die grassierende Armut und Arbeitslosigkeit stärkten die Nationalsozialisten und ihre reaktionäre Krisenlösung. Sie wurden 1932 stärkste Partei in den Reichstagswahlen und griffen 1933 nach der absoluten Macht. Es folgten die Zerschlagung der freien Gewerkschaften, Zwangsarbeit, mörderische Verfolgung politischer Gegner/innen sowie der Zweite Weltkrieg und der Holocaust.

DAS GOLDENE ZEITALTER IM WESTEN

Die ersten 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren das goldene Zeitalter des Kapitalismus – zumindest in den USA und Europa und hier vor allem in Deutschland. Wachstumsraten von mehr als fünf Prozent waren keine Seltenheit. Heute sind es in Deutschland jährlich 1,5 bis 2 Prozent. Diese Phase war eine historische Ausnahme – ein kurzer Abschnitt im kapitalistischen Zeitalter. Es galt das Leitbild der „sozialen Marktwirtschaft“. Fortan sollte auch soziale Verantwortung eine Maxime unternehmerischen Handelns sein – und nicht allein das Streben nach Profit. Im Gegenzug suchten Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Kooperation mit den Arbeitgebern und setzten verstärkt auf eine sozialpartnerschaftliche Interessenaushandlung. In dieser Zeitspanne herrschte praktisch Vollbeschäftigung. Viele – vor allem Männer – arbeiteten in einem sogenannten Normalarbeitsverhältnis. Das Entgelt reichte aus, um eine Familie alleine zu ernähren. Prekäre Beschäftigungsformen waren die Ausnahme. Dennoch sollte diese Zeit nicht romantisch verklärt werden: Nicht unerwähnt bleiben darf dabei der spießige Mief der 1950er Jahre, der zur Studierenden-Revolution von 1968 führte, oder auch, dass es damals eine weitreichende Diskriminierung gab – von der vor allem Frauen und Migrantinnen betroffen waren.

ENDE DER PROSPERITÄT

In den 1970er Jahren ließ die Wachstumsphase (Prosperität) nach. Und mit ihrem Ende kam es zu einer globalen Krise – zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg. Das durchschnittliche Wachstum sank von etwa vier Prozent zu Beginn der 1970er Jahre auf unter zwei Prozent in den letzten Jahren. Außerdem geriet das Währungssystem ins Wanken und sorgte zusätzlich für globale Ungleichgewichte. Zudem erreichten die Preise für Energie ein noch nie gekanntes Niveau (Ölpreis-Schock). Den Wachstumsproblemen begegnete man zunächst mit sogenannter keynesianischer Politik – einer gezielten Nachfragesteuerung von staatlicher Seite und sozialer Sicherung für Beschäftigte. Doch dieser Konsens bröckelte, selbst auf sozialdemokratischer Seite. Die Ökonomen/innen und Politiker/innen fanden kein Rezept für diese Krise des Kapitalismus. Denn der Kapitalismus braucht die Profitsteigerung um jeden Preis. Und der Keynesianismus (benannt nach dem Ökonomen John Maynard Keynes) mit seinen Konjunkturspritzen konnte die Probleme nicht umfänglich einhegen. Die ökonomischen Verwerfungen blieben. Und die soziale Stabilität samt hohen Wachstumsraten ließ sich nicht mehr aufrechterhalten. In dieser Zeit formierte sich der Neoliberalismus als Ideologie und politische Strategie. Statt staatlicher Kontrolle der Unternehmen und Nachfragesteuerung setzten die Neoliberalen alles auf den freien Markt, Deregulierung, Privatisierung und staatliche Sparmaßnahmen. Dem Staat wurde misstraut, der Markt sollte sich selbst regulieren. Gleichzeitig entwickelte sich

Es fand sich kein Rezept für diese Krise des Kapitalismus. Denn der braucht Profitsteigerung – um jeden Preis.

die Weltwirtschaft weiter: Die Produktion wurde internationalisiert, das Finanzsystem neu strukturiert. Viele Unternehmen waren zwar bereits international tätig, doch infolge der Krise in den 1970ern verstärkte sich diese Entwicklung. Die internationalen Märkte und Wert-

schöpfungsketten wurde weiter erschlossen – gerade, weil heimische Märkte als gesättigt oder schwach galten. Gleichzeitig wurde die Finanzwirtschaft dereguliert, um dem Kapital (Unternehmen, Anlegern/innen) neue Investitions- und damit Gewinnmöglichkeiten zu liefern. Die neoliberale Politik hatte für die Beschäftigten krasse Folgen: Soziale Errungenschaften wurden abgebaut, Arbeitsplätze gingen verloren, die Gewerkschaften wurden in ihrem Einfluss auf die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen nicht nur beschnitten, sondern aktiv bekämpft.

URSPRÜNGLICHE AKKUMULATION UND EIGENTUM

WIE DER KAPITALISMUS ENTSTAND

Entscheidend im Kapitalismus ist das Privateigentum. Und zwar das an Produktionsmitteln wie Fabriken, Grundstücken und dem Zugang zu Rohstoffen. Wer darüber verfügt, ist klar im Vorteil. Die Besitzenden können produzieren lassen. Wer nichts anderes hat als seine eigene Arbeitskraft, muss die im Kapitalismus verkaufen.

Wir leben in einer eingehegten Welt: Fast überall auf der Erde weisen uns Schilder darauf hin, dass uns etwas nicht gehört, dass das Betreten verboten, ein Weg privat ist. In § 903 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) wird das Eigentum als Recht definiert, „mit der Sache nach Belieben zu verfahren und andere von jeder Einwirkung auszuschließen“. Das Eigentum gilt als das unbeschränkte Herrschaftsrecht an einer Sache. Es hat in Deutschland auch eine verfassungsrechtliche Grundlage. Eigentum ist in unserer Gesellschaftsordnung also eine rechtliche Kategorie. Und insofern künstlich hergestellt. Denn im Grunde ist es nicht mehr als eine soziale Konstruktion. Leider aber auch nicht weniger. Eigentum beherrscht die Welt und unser Denken. Und mit viel Eigentum lässt sich die Welt wenn auch nicht beherrschen, so zumindest im eigenen Interesse steuern. Denn Eigentum bedeutet Macht. Wer viel besitzt, hat viel Einfluss. Oder kann sich welchen erkaufen.

Kapitalistisches Eigentum gab es nicht schon immer: Im europäischen Mittelalter wurde zwar produziert, aber noch nicht in einer kapitalistischen Art und Weise. Damals herrschten Könige und Fürsten im sogenannten Feudalismus. Adelige Grundherren erhielten von höherrangigen Feudalherren Grund und Boden zur Bewirtschaftung. Die Gegenleistung für dieses Lehen bestand in der Erbringung von Kriegsdiensten. Die Bewirtschaftung des Lehens erfolgte durch Bäuerinnen und Bauern. Manchmal waren diese Leibeigene – also Sklaven. Sie waren an den Boden gebunden, durften ihn nicht verlassen und schuldeten der Grundherrschaft Abgaben in Form von Frondiensten, also Arbeitsleistungen und Naturalien vom bewirtschafteten Land, das sogenannte Zehnt. Die Gesellschaftsordnung war streng hierarchisch und wurde mit Gewalt durchgesetzt. An der Spitze stand der Adel, der sich als Vertretung Gottes auf Erden verstand. Die katholische Kirche war Teil des Systems und verfügte ebenfalls über große politische Macht.

In die Zeit des Feudalismus fällt die Entstehung des Kapitalismus, die der Ökonom und Philosoph Karl Marx „ursprüngliche Akkumulation“ nannte, also eine Art kapitalistischer Anhäufung. Marx datiert den Beginn der ursprünglichen Akkumulation ins 16. Jahrhundert. Die Feudalherren beraubten die Bäuerinnen und Bauern der Gemeinschaftsgüter. Das bedeutete für die Bauern und Bäuerinnen, dass sie sich nicht mehr selbst versorgen konnten. Es war nichts anderes als eine gewaltsame Scheidung der Produzenten von den Produktionsmitteln. Das Gemeinschaftseigentum wurde also mit Gewalt angeeignet und dessen Privatisierung ebenfalls brutal auf Dauer durchgesetzt. In der europäischen Mittelmeerregion, z. B. in Italien, geschah eine derartige Akkumulation schon früher – im 14. und 15. Jahrhundert. Der Soziologe Wolfgang Streeck stellt in seinem Essay „Niemand wird freiwillig Arbeiter“ für den Deutschlandfunk fest, dass die Einzäunung und Aneignung des mittelalterlichen Gemeindelandes (der sogenannten commons) zentral war. „Die neuen Landadeligen, auf dem Weg, die ersten Kapitalisten zu werden, erklärten das noch aus germanischer Zeit stammende Gemeineigentum der Dorfgemeinschaften für herrenlos und anschließend zu ihrem Privateigentum, um es als Weide für Schafe zu verwenden, deren Wolle bei den Teppichmanufakturen Höchstpreise erzielte“, so Streeck. Ohne ihre Gemeinschaftsfelder verelendeten die Bauern und verließen ihre Dörfer. Streeck weiter: „Die Aneignung des Gemeindelandes durch Einzäunung war für Marx deshalb so wichtig, weil in ihr alles zusammenkam: die Enteignung der vorkapitalistischen subsistenzwirtschaftlichen Produktionsmittel, ihre Privatisierung und Zentralisierung und ihre Umwidmung für hochproduktive Massenproduktion von Waren für den Markt.“ Damit entstand zum einen Kapital und zum anderen das Proletariat. Marx sieht im Feudalismus eine notwendige Vorstufe des Kapitalismus.

In der Wissenschaft wird von einer Wiederkehr der Kapitalakkumulation ausgegangen, etwa im Kolonialsystem, der wirtschaftlichen Vereinnahmung der „Dritten Welt“ und nicht zuletzt in der Aneignung von Verfügungsrechten auf gemeinschaftliche Ressourcen wie Wasser etc. Kapital wird also immer wieder akkumuliert – zumeist dann, wenn ein Markt gesättigt ist und neues Wachstum generiert werden muss. Ausbeutung und Globalisierung sind also seit jeher Grundlage des Kapitalismus.

POSTWACHSTUMSKRISE

In den westlichen Industrienationen hat das Wachstum in den letzten vierzig Jahren deutlich abgenommen. Nur durch die Entwicklung der sogenannten Schwellenländer (allen voran Brasilien, China, Indien) konnte das weltwirtschaftliche Wachstum nach oben gezogen werden. Wie konnte es zu dieser Postwachstumskrise kommen? Ein gewichtiger Grund dafür könnte im Fallen der Gewinnrate in den produzierenden Branchen liegen. Doch Profit ist eben die innerste Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise: Es wird nur dann produziert, wenn die Produktion mehr abwirft als sie kostet. Grund für das Fallen der Profitrate ist eine „Überakkumulation“ von Kapital. Dessen Besitzer/innen finden kaum oder keine langfristigen Anlagemöglichkeiten mehr, in die sie investieren können, um Gewinne zu erzielen. Man kann paradoxerweise behaupten, dass es zu viel Kapital gibt. Das steht im Widerspruch zu Ungleichheit und Armut auf der Welt und offenbart ein großes Verteilungsproblem.

Viele Unternehmen investierten daher fortan auf dem im neoliberalen Zeitalter deregulierten Finanzmarkt. Selbst Autokonzerne gründeten Banken. Gleichzeitig wurde in die klassische Produktion immer weniger investiert. Auf den Finanzmärkten ließ sich viel einfacher Geld verdienen. Der Soziologe Oliver Nachtwey stellt in seinem Buch „Die Abstiegsgesellschaft“ fest: „Der Finanzkapitalismus entstand, weil die Profitrate

in der Realwirtschaft gesunken war.“ Ein anderer Faktor für die Verlagerung der Investitionstätigkeit, so Nachtwey, sei die Shareholder-Value-Orientierung: „Die Unternehmen müssen möglichst hohe Dividenden auszahlen und Renditeansprüche bedienen“. Ein Teil der Gewinne würde daher in die Finanzmärkte gepumpt und nicht reinvestiert. Nachtwey resümiert: „Der Finanzkapitalismus war ursprünglich als Reaktion auf die Wachstumskrise geboren worden, nun erwuchs er zu einer eigenständigen Ursache dieser Krise.“

WELTWIRTSCHAFTSKRISE SEIT 2007

Als schließlich in den USA eine Immobilienblase platzte, hatte das einen Domino-Effekt zur Folge und es kam zur nächsten Weltwirtschaftskrise nach 1929 (Große Depression) und 1973 (Öl- und Weltwirtschaftskrise). Auslöser war die Pleite der US-Bank Lehman Brothers, ihr folgten weitere Geldhäuser, Fonds und Versicherungen. Am Ende brach die Weltwirtschaft ein. In Deutschland war es der größte Konjunkturinbruch der Nachkriegszeit. Weltweit retteten jetzt Staaten Banken und stützten in keynesianischer Manier die Realwirtschaft mit Konjunkturprogrammen. Es wurden gewaltige Beträge aufgebracht, um die Folgen der Krise zu begrenzen. Die Gelder kamen allerdings vor allem Unternehmen zugute. In Teilen der Welt kam es zu Nahrungsmittelengpässen aufgrund von Preissteigerungen. Das



Im Kapitalismus geht es nicht darum, Bedürfnisse zu befriedigen, sondern darum, immer neue zu erzeugen. So entsteht eine absurde Spirale: Je mehr Menschen besitzen, je mehr sie sich ökonomisch leisten können, desto stärker wird das Gefühl, noch nicht genug zu haben, desto zwanghafter die Begierde, weitere Waren zu erwerben. Das ist eine der Triebkräfte der freien Marktwirtschaft.

Landwirtschaftsministerium der USA schätzte den Effekt der höheren Preise auf 30 Millionen Hungernde in 70 Entwicklungsländern. In über 60 Ländern kam es zu sozialen und politischen Unruhen. Für den Finanzmarkt dagegen hatte die Spekulationskrise kaum Folgen: Die Finanzwirtschaft wurde nur moderat reguliert.

„Die Krise entpuppte sich schließlich als Chance für den Neoliberalismus, da die Bankenrettung in vielen Ländern eine Explosion der Staatsverschuldung nach sich zog (...)“, so Oliver Nachtwey. Laut Nachtwey sahen sich die großen Banken und Hedgefonds selbst wieder am Steuer. Gemeinsam mit sogenannten Rating-agenturen – privatwirtschaftlichen Unternehmen, die die Kreditfähigkeit auch von Staaten bewerten – übte die Finanzwirtschaft Druck auf alle Regierungen aus. Und weil sich auch Staaten auf den Kapitalmärkten refinanzieren müssen, waren die politischen Entscheider/innen gezwungen, ihre Politik stärker an den Märkten auszurichten. Das war die Stunde der Sparpolitik: Konsolidierung der Staatsfinanzen, Verschlinkung der Bürokratie sowie Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Güter war fortan das Mantra. Gleichzeitig versuchten Politik und Notenbanken, mit einer Nullzinspolitik Investitionen zu fördern, was allerdings nicht gut gelang. Nachtwey zufolge logisch: „Haushaltskürzungen und geldpolitische Lockerungen haben nämlich eine gegenläufige Entwicklung und können sich in ihren Effekten aufheben. Gerade durch die Politik der Austerität blieb in vielen Ländern das Wachstum weiterhin aus.“ Das, so Nachtwey, sei so, als würde man beim Autofahren beschleunigen und gleichzeitig die Handbremse ziehen.

NIE WIEDER BOOM? WIE GEHT'S WEITER?

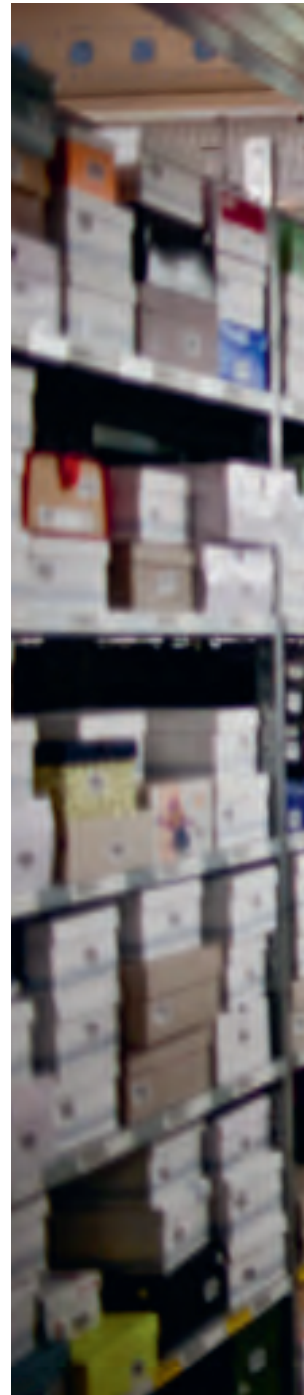
Die weltwirtschaftliche Lage bleibt angespannt. Die seit 1973 anhaltende Wachstumskrise des Kapitalismus ist bislang nicht beendet. Auch wenn alles dafür getan wird, Wachstum zu erzeugen – sogar gegen soziale und ökologische Standards. Die globale Ungleichheit ist so groß wie nie zuvor. Die westlichen Industrienationen erwirtschaften einen großen Teil ihrer Profite auf Kosten des globalen Südens. Gleichzeitig verschärft die Klimakatastrophe weltweit die Lebensbedingungen der Menschen. Doch auch der Neoliberalismus kann mit seinen Maßnahmen das Ende des Booms nicht aufhalten. Zwar sind die Börsenkurse seit einigen Jahren wieder auf einem Höchststand, die Weltkonjunktur aber stottert. Neue Crashes am Finanzmarkt sind nach wie vor möglich. Die Weltwirtschaft kann jederzeit wieder in den aktiven Krisenmodus zurückfallen, der weltweit für Erwerbstätige eine große Bedeutung hat. Stehen doch gerade in akuten

Krisenphasen immer zuallererst Arbeitsplätze und soziale Absicherungen auf dem Spiel. Und die Frage, wie ökologisch nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum aussehen können, ist nach wie vor ungeklärt. Solange das Streben nach Profit die einzige Maxime bleibt, die in dieser Gesellschaft zählt, ist nach der Krise immer auch vor der Krise.



ZUM WEITERLESEN

- Mathias Greffarth: „RE: Das Kapital: Politische Ökonomie im 21. Jahrhundert“, 2017; darin der Aufsatz von Wolfgang Streeck: „Niemand wird freiwillig Arbeiter“
- Oliver Nachtwey: „Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne“, 2015
- Rosa Luxemburg: „Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“, 1913
- Silvia Federici: „Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation“, 2012





Die Produktion von Waren im Kapitalismus orientiert sich nicht daran, was in welchem Umfang wo benötigt wird. Sie orientiert sich am möglichen Gewinn. Damit ist die kapitalistische Produktion eine stetige Spekulation auf ein erfolgreiches Geschäft in der Zukunft. Geht diese Rechnung nicht auf, kann Überproduktion eine Folge sein – dass es also plötzlich zu viele Waren gibt, die sich nicht verkaufen lassen. Trotzdem wird auch in diesem Fall nichts verschenkt.



**ABSOLUTE
FREIHEIT –
TOTALE
KONKURRENZ**

NEOLIBERALISMUS ALS HERRSCHAFTSINSTRUMENT



Eine der Stärken des Neoliberalismus besteht darin, äußere Zwänge in innere zu verwandeln und damit unsichtbar zu machen. So entsteht der Eindruck von Freiheit, während gleichzeitig das Prinzip des Marktes alles durchdringt.

Das neoliberale Glücksversprechen lebt davon, dass es sich für die meisten Menschen nicht erfüllt. Denn sein Hauptzweck besteht darin, den Wettbewerb am Laufen zu halten – in allen Lebensbereichen.

Das Kernanliegen des Neoliberalismus ist die dauerhafte Durchsetzung und Stabilisierung der Marktgesellschaft. Er entwickelte sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts zur vorherrschenden Ideologie des Kapitalismus. Seither bilden seine Leitsätze weltweit den Bezugsrahmen für die Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Der Geltungsanspruch des Neoliberalismus ist absolut und umfassend, was das von der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher geprägte TINA-Prinzip „there is no alternative“ (Es gibt keine Alternative) auf den Punkt bringt. In Deutschland wurde der Begriff „alternativlos“ zwar Unwort des Jahres 2010. Geändert hat aber auch das leider nicht viel.

WAS IST NEOLIBERALISMUS?

Der freie Markt gilt im Neoliberalismus als der Heilsbringer schlechthin, als einziger Garant für Wachstum und Wohlstand. Frei nach dem Motto „Wenn jede/r an sich denkt, ist an alle gedacht.“ setzt der Neoliberalismus auf Egoismus als stärkste Triebkraft und Erfolgsprinzip. Der Staat hat lediglich die Aufgabe, die optimalen Rahmenbedingungen für den Markt zu schaffen. Regulierende Eingriffe werden strengstens abgelehnt, da sie der Logik von der reinigenden Kraft des Marktes zuwiderlaufen. Das bedeutet jedoch nicht den Verzicht auf jegliche Form von Staat oder staatlichem Handeln – ein weit verbreitetes Missverständnis über den Neoliberalismus. Er will nicht keinen Staat. Er will nicht einmal einen schwachen Staat. Er will einen starken Staat. Aber einen, dessen einzige Aufgabe darin besteht, den marktwirtschaftlichen Wettbewerb abzusichern. Nicht seine Risiken.

Dem Neoliberalismus erscheint die Digitalisierung als maximale Befreiung: Global vernetzte Individualisten/innen lassen alle Zwänge hinter sich. Sie müssen nur wollen. Wer scheitert, hat einfach versagt.



Allerdings begrenzt der Neoliberalismus das Kosten-Nutzen-Kalkül nicht auf die ökonomische Sphäre, sondern dehnt es auf alle Bereiche des Lebens, der Gesellschaft, der Kultur und des menschlichen Denkens und Handelns aus. Nach dieser Denkart sind selbst private zwischenmenschliche Beziehungen letztlich nichts anderes als Tauschverhältnisse. Bestimmte Strömungen im Neoliberalismus begreifen auch die Demokratie als Markt, auf dem die Interessen der Politiker/innen und die der Wähler/innen in einer Angebots-Nachfrage-Konstellation zueinanderstehen. Tatsächlich ist der Neoliberalismus nicht einfach ein Paket ökonomischer Maßnahmen – auch wenn er sich selbst gern als solches verkauft. Er ist Theorie und Praxis zugleich. Und sein Siegesfeldzug in den letzten 30 Jahren hat dazu geführt, dass er nicht nur als äußerer Sachzwang wirkt, sondern das Denken vieler, wenn nicht gar der meisten Menschen strukturiert. Mit der Folge, dass wir alle daran beteiligt sind, seine (falschen) Annahmen und Versprechungen zu glauben und immer wieder zu reproduzieren.

DAS MENSCHENBILD DES NEOLIBERALISMUS

„Der Punkt ist, dass die neoliberale Rationalität das Modell des Marktes auf alle Bereiche und Tätigkeiten ausdehnt – auch wo es nicht um Geld geht – und Menschen ausschließlich als Marktakteure auffasst, immer, nur und überall als *Homini oeconomici*“, so die US-amerikanische Politologin Wendy Brown. Der Mensch als Idealvorstellung ist im Neoliberalismus nichts anderes als die Verkörperung des Marktes. Der sogenannte „*Homo oeconomicus*“ hat vielleicht auch Gefühle, sie haben jedoch keinerlei Wert. Das Denken und Handeln des „*Homo oeconomicus*“ ist ausschließlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten geprägt. Er kennt nur ökonomische Ziele, entscheidet immer rational und strebt stets nach größtmöglichem Nutzen (Nutzenmaximierung). Nutzen bedeutet hierbei die Möglichkeit, die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Dazu kann mehr Geld gehören, aber auch das Verfügen über mehr Zeit oder der Wunsch, in jedem Fall mehr zu besitzen als der/die Nachbar/in. Das Menschenbild des „*Homo oeconomicus*“ nimmt an, dass dieses Verlangen niemals komplett befriedigt wird bzw. sich dynamisch anpasst. Das heißt, mit der



Befriedigung eines Bedürfnisses entstehen zwangsläufig die nächsten. So gibt es nie Stillstand, der Motor treibt unablässig weiter an.

Zur Erreichung seines Strebens trifft der „Homo oeconomicus“ strikt rationale Entscheidungen. Er bzw. sie wägt die Vor- und Nachteile sowie Nutzen und Kosten sorgfältig gegeneinander ab. Um hierbei keine Fehler zu machen, informiert sich der neoliberale Ideal mensch vor jeder Entscheidung möglichst umfassend. Auch Emotionen wie Empathie und Mitgefühl dienen vorrangig der Nutzenmaximierung, beispielsweise, wenn der Einsatz für andere Menschen das eigene Ansehen erhöhen kann.

Doch das neoliberale Menschenbild war von seiner Entstehung an eine Fiktion. Der „Homo oeconomicus“ ist eine Erfindung neoliberaler Vor denker, deren Ziel es war, Mensch und Wirtschaft auf eine mathematische Formel zu bringen. Das Gute: Mittlerweile setzt sich diese Einsicht auch unter konservativen und sogar neoliberalen Ökonomen/innen durch. Nicht ohne Grund fragt die Wochenzeitung „Zeit“ in einem Beitrag zum Thema: „Das Leben im Spätkapitalismus ist nicht unbedingt das glücklichste, wie wir gerade überall auf der Welt beobachten. Könnte es sein, dass unser Wirtschaftssystem auf einer grundsätzlich falschen Annahme über den Menschen basiert? Dass es nämlich diesen sogenannten Homo Oeconomicus gar nicht gibt?“ Um ein paar Zeilen später die Antwort zu geben. „Menschen machen permanent Fehler bei der Informationsaufnahme und -verarbeitung, sie sind willensschwach und emotional, und sie sind bei weitem nicht so egoistisch, wie es uns die Ökonomen glauben machen wollen. Als ob wir es nicht geahnt hätten: Wir sind komplexer, widersprüchlicher und wandelbarer als der homo oeconomicus.“

Diese Erkenntnis ist wichtig. Denn wenn es den Menschen nicht nur um den eigenen Nutzen geht, wenn es neben Belohnungen wie Geld oder Sachwerten auch andere Dinge gibt, die das Denken und Handeln von Menschen anregen, dann öffnen sich neue Horizonte. Wenn auch Mitgefühl, Gemeinsinn und Solidarität Motivationen für Menschen sein könnten, werden plötzlich auch andere Wirtschaftsformen und andere politische Entscheidungen denkbar. Und das alte TINA-Prinzip gerät ins Wanken.

DIE FREIHEIT DES NEOLIBERALISMUS

Gerechtigkeit spielt im Neoliberalismus keine Rolle. Wenn es ein Schlüsselwort gibt in der neoliberalen Ideologie, dann ist es das der Freiheit. „Freier Markt“, „freie Bürger“, „freie Wirtschaft“ – die uneingeschränkte Freiheit aller gehört zum neoliberalen Glücksversprechen. Frei in diesem Zusammenhang bedeutet allerdings nur, vom Staat zu nichts gezwungen zu werden. Der soll sich

raushalten, aus dem Leben seiner Bürger/innen und aus der Organisation des Wirtschaftslebens. Jedoch bitte nicht komplett. Denn auch wenn die Freiheit von staatlicher Intervention die ständig postulierte zentrale Forderung des Neoliberalismus ist, kann er auf den Staat nicht verzichten, der die Voraussetzungen für den Wettbewerb schaffen und aufrechterhalten muss. Aber Steuern, Sozialleistungen, regulierende Eingriffe, Arbeitnehmerrechte, kollektive Interessen, deren Verhandlung und solidarische Durchsetzung? Das gehört nicht zur Freiheit des Neoliberalismus. Es geht ihm eben nicht um die Freiheit von Angst, die beispielsweise durch soziale Absicherung zumindest teilweise erzeugt werden könnte. Es geht um die Freiheit des Marktes und die der Konkurrenz. Aber auch hier ist das Wort Freiheit irreführend.

Es geht nicht um die Freiheit von Angst, sondern um die Freiheit des Marktes und die der Konkurrenz.

Denn die Freiheit des Neoliberalismus ist nur die zum permanenten Sachzwang. Es gibt (scheinbar) keine Personen, die bestimmen, was zu tun oder zu lassen ist. Sondern es sind die vermeintlichen Regeln und Funktionsprinzipien des Systems. Zum Beispiel: Niemand wird dazu gezwungen, arbeiten zu gehen. Allerdings kann eben auch niemand leben, ohne arbeiten zu gehen. Außer den obersten paar Prozent der Gesellschaft.

Der neoliberale Merksatz „Jeder ist seines Glückes Schmied“ entlässt Politik und Gesellschaft aus der Pflicht. Die Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg des eigenen Lebens wird allein den einzelnen Menschen zugeschrieben. An Krankheiten sind nicht etwa schlechte Arbeitsbedingungen schuld, oder permanenter Stress. Nein: Da wurde individuell nicht genug Sport getrieben, zu schlecht gegessen oder zu viel geraucht. Ein Zusammenhang zwischen individuellem Verhalten und sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen? Existiert nicht im Neoliberalismus. Bei Arbeitslosigkeit und Armut das gleiche Spiel: Das neoliberale „Ich“ ist an allem selbst schuld und für alles selbst verantwortlich. Neoliberalismus ist also auch eine Ideologie der Rechtfertigung von Armut und Verelendung. Denn der politische Gestaltungsspielraum wird vollständig ausgeblendet, als nicht existent abgewehrt. Markt und Gesellschaft erscheinen als naturgegeben und nicht als das, was sie sind – das Ergebnis politischer Prozesse und Entscheidungen, und damit menschlichen Handelns. Margaret Thatcher hat das in ihrer mittlerweile legendären Aussage „So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht“ dargelegt. Vollständig zitiert wird etwas deutlicher, was sie meinte: „Wissen Sie, so etwas wie Gesellschaft gibt es nicht. Es gibt Männer und Frauen und es gibt Familien. Und keine Regierung kann etwas tun, nur sie selbst. Die Menschen müssen auf sich selbst achten. Es ist unsere Pflicht, uns zuallererst um uns selbst zu kümmern. Und erst dann – auch – um unsere Nachbarn.“

KONKURRENZ, ANGST UND AUSSCHLUSS

Die Freiheit des Neoliberalismus besteht also darin, sich den Anforderungen des Marktes zu unterwerfen. Und selbst dann ist nicht garantiert, dass man es schafft. Das Glücksversprechen erfüllt sich nicht für jede/n. Soll es auch nicht, denn damit würde sich der Neoliberalismus einiger seiner Grundlagen berauben – des Antriebes, des Mitmachens im permanenten Kräfte messen, des Willens zum Gewinnen. Nach neoliberaler Lesart nämlich ist Ungleichheit nötig, um den Wettbewerb und den Markt am Laufen zu halten. Das Individuum muss dazu nur die richtige Einstellung entwickeln, dann wird es auch Erfolg haben. Es muss „arbeitsmarkttauglich“ sein, oder dazu gemacht werden. Erfolg wiederum bemisst sich in erster Linie am finanziellen Ergebnis. Denn Geld steht für Leistung. Selbstoptimierung, Selbstdisziplin, Selbstüberwindung und Eigenverantwortung, das sind die Schlagworte, mit denen der Neoliberalismus das Leben der Menschen bestimmt.

Konkurrenzfähigkeit wird zum Dreh- und Angelpunkt individueller Lebensgestaltung. So trägt die neoliberale Leistungsideologie zu einer gesellschaftlichen Entsolidarisierung bei. Denn Armut beispielsweise erscheint nicht als gesellschaftliches Problem, sondern als selbst verschuldetes Schicksal. Das ist höchst problematisch – auf verschiedenen Ebenen. Armut ist im Neoliberalismus kein bedauernswerter Begleitschaden. Armut muss sein. Sie ist zwangsläufig und sie ist gewollt. Zwangsläufig, weil Armut nicht trotz, sondern durch Reichtum entsteht, wie der Politikwissenschaftler und Armutsforscher Christoph Butterwegge es so schön gesagt und nachgewiesen hat. Gewollt, weil sie als Disziplinierungsinstrument und soziale Drohkulisse fungiert. Sie gibt den Menschen, die arm sind, das Gefühl, dass ihre Leistungsfähigkeit oder -bereitschaft nicht ausreicht. Dass sie quasi entweder zu faul oder zu dumm sind. Und sie demonstriert denjenigen, die nicht arm sind, was passiert, wenn sie nachlässig werden. Die Angst vor Armut gehört zu den zentralen Stützen des aktuellen politischen und gesellschaftlichen Systems.

Das hat Folgen: Denn wo Konkurrenz herrscht und Angst eine zentrale Triebkraft ist, wächst die Gefahr, nach und nach unterschiedliche Gruppen auszuschließen. Nationalismus ist ein dafür geeignetes Ausschlussprinzip, genauso wie Sozialdarwinismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit. All diesen Denkmustern liegt zugrunde, dass sie anhand ausgewählter Merkmale Gruppen konstruieren und abwerten. Sinn davon ist es, eine scheinbar objektive Begründung für ihren gesellschaftlichen, politischen und/oder ökonomischen Ausschluss zu haben. Eine Begründung, die die Schuld für den Ausschluss – ganz nach neoliberaler Tradition – bei den Betroffenen selbst sieht. So können die Privilegien der Eigengruppe gegen „die Anderen“ verteidigt und geschützt werden. Und so kann

sich jede/r noch so Schwache einmal ganz stark fühlen: „Die Absicht ist einfach: Sie wollen möglichst später arbeits- und obdachlos werden als Fremde, am besten gar nicht, es soll die anderen treffen. Zu schwach für Solidarität, aber schlau genug, um sich gegen möglicherweise noch Schwächere zusammenzurotten“, so der Journalist und Autor Dietmar Dath.

WAS TUN?

Das neoliberale Projekt ist keine Erfolgsgeschichte und ist es doch – leider. Einerseits ist es dem Neoliberalismus nicht gelungen, Krisen zu verhindern, obwohl das zu seinen großen Ankündigungen gehörte. Stattdessen steigt die Ungleichheit weltweit, jagt eine Krise die nächste, gehen Staaten pleite. Die Vergötterung des Marktes ist selbst bei Top-Ökonomen an ihre Grenzen gekommen, und Zweifel werden mittlerweile offen thematisiert. Gleichzeitig hat der Neoliberalismus die Welt nachhaltig verändert. Seine Prinzipien sind so tief in das Alltagsbewusstsein der Menschen eingedrungen, dass sie als selbstverständliche Wahrheiten erscheinen, als unhinterfragbares Naturprinzip. Sie strukturieren alle Bereiche des Lebens – das private ebenso wie das gesellschaftliche und das politische. Es wird nicht leicht werden, diese Verinnerlichung auf die Bewusstseinssebene zu holen, kritisch zu reflektieren und gemeinsam abzubauen. Aber es führt kein Weg daran vorbei. Denn der Neoliberalismus macht in erster Linie eins – kaputt. Die Gesellschaft, die Umwelt und die Menschen. Oder, um es mit den Worten der Politikprofessorin Birgit Mahnkopf zu sagen: „Fest steht, dass dabei die ‚Macht der Ideen‘, die den Siegeszug der Neoliberalen angeleitet und zum Erfolg geführt haben, durch nicht minder mutige Utopien gebrochen werden muss. Dies gilt für das Paradigma des Wettbewerbs und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie für die Fixierung auf Steigerung von Effizienz und Produktivität. Beide Paradigmen müssen entzaubert und durch zukunftstaugliche Alternativkonzepte ersetzt werden.“



ZUM WEITERLESEN:

- Birgit Mahnkopf: Machtwechsel der Ideen. Für die Entzauberung des neoliberalen Glaubens, 2010
- Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus, 2017
- Wendy Brown: Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, 2015





Konkurrenz sei dem Menschen angeboren, postuliert der Neoliberalismus und stellt die Welt damit von den Füßen auf den Kopf. Denn die Alle-gegen-alle-Regel wurde politisch durchgesetzt.



DAS PROJEKT AUSTERITÄT

WARUM SCHULDEN GERECHTER SIND ALS EINE SCHWARZE NULL



Neoliberale Politik setzt seit vielen Jahren auf Entstaatlichung. Ein Instrument dafür ist die Schuldenbremse, die Folge ein großer Investitionsstau und Top-Geschäfte für Private. Das kommt unsere Gesellschaft teuer zu stehen. Denn Haushaltspolitik ist auch eine Frage von Verteilungsgerechtigkeit.

Vor einigen Jahren bemühte Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart das Bild vom sparsamen Schwaben als Vorbild für staatliches Wirtschaften: „Man hätte hier in Stuttgart in Baden-Württemberg einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt, die da lautet: ‚Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben‘“. Klingt logisch, ist aber nicht richtig. Denn ein Staatsetat ist nicht wie ein privater Haushalt zu führen. Das behauptet eigentlich auch in der Ökonomie niemand ernsthaft. Warum aber verfängt dieses Bild dann trotzdem so gut?

Staatsverschuldung gilt als das zentrale Problem der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik seit der Jahrtausendwende, spätestens aber seit Beginn der großen Krise 2008. In der öffentlichen Debatte scheinen zwei Dinge gesetzt: Staatsschulden sind schlecht. Und Staaten sollen schlanker werden. Die Regierungen der westlichen Industrieländer haben sich vorgenommen, stärker zu sparen. Vor allem Deutschland verfolgt eine strikte Austeritätspolitik, nach der Sparen Staatsdoktrin ist. Nicht ohne Grund wurde Wolfgang Schäuble im Oktober dieses Jahres nach acht Jahren als Finanzminister mit einem Foto einer aus Menschen gebildeten schwarzen Null verabschiedet.

BRÖCKELNDE INFRASTRUKTUR

Zu Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008 hatte Deutschland noch mit Konjunkturprogrammen (Kurzarbeit, Abwrackprämie etc.) reagiert, um den Standort vor gravierenden ökonomischen Verlusten zu bewahren und Arbeitsplätze zu sichern. In anderen europäischen Staaten sorgte gerade die deutsche Bundesregierung dafür, dass als Reaktion auf die Krise nicht investiert, sondern einzig auf Haushaltskonsolidierung gesetzt wurde. Und trieb damit massenweise Menschen in Armut und Perspektivlosigkeit. Bestes Beispiel: Griechenland.

Im Sommer 2009 kam es zu einer weitreichenden Reform in Deutschland: Die Große Koalition führte eine im Grundgesetz verankerte sogenannte Schuldenbremse ein. Die zentralen Säulen: Die Bundesländer haben sich dazu verpflichtet, 2020 die schwarze Null zu erreichen. Der Bund darf seit 2016 nur noch Kredite aufnehmen, die 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen. In den letzten Jahren waren das um die zehn Milliarden Euro. Kredite werden nicht mehr für Neuverschuldungen aufgenommen, sondern nur noch, um auslaufende Schuldpapiere zu erneuern. Die Folge: Die Infrastruktur bröckelt. Denn der Staat investiert zu wenig. So wie es die Neoliberalen seit den 1970er Jahren fordern. Viele Autobahnen und Brücken müssten erneuert werden, Schulen sind marode, Straßen deutschlandweit voller Schlaglöcher, Wasserstraßen müssen saniert und Schleusen repariert werden. Um mit der Digitalisierung Schritt halten zu können, bräuchte es eine flächendeckende Installation leistungsfähiger Breitbandleitungen. Eine Kommission im Wirtschaftsministerium beziffert den Investitionsstau auf 90 Milliarden Euro.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT?

Parteiübergreifend wurde die Forderung nach einer Schuldenbremse immer wieder mit dem Verweis auf die Generationengerechtigkeit begründet. Vor einigen Jahren brachten junge Abgeordnete von CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen gemeinsam einen Antrag auf die grundgesetzliche Verankerung der Generationengerechtigkeit in den Bundestag ein. Darin wurde – zur Begründung – auch auf die negativen Folgen von Staatschulden und hohen Sozialabgaben hingewiesen. Doch stimmt das tatsächlich? Ist eine Schuldenbremse generationengerecht? Leben wir auf Kosten unserer Enkel und Urenkel?

Ein Staat kann schwerlich sparen, er kann eigentlich nur Kosten reduzieren. Kürzungen, beispielsweise im öffentlichen Dienst, und eine höhere Belastung der Beschäftigten bei den Sozialabgaben verringern jedoch in erster Linie deren Kaufkraft. Mittelbare Folge ist ein Absinken privater Investitionen. Die Menschen bauen weniger Häuser und kaufen weniger Autos, sparen bei den Weihnachtsgeschenken. Das ist kein kleines Problem, ganz im Gegenteil. Ein Großteil des deutschen Wirtschaftswachstums basiert auf der Binnennachfrage.

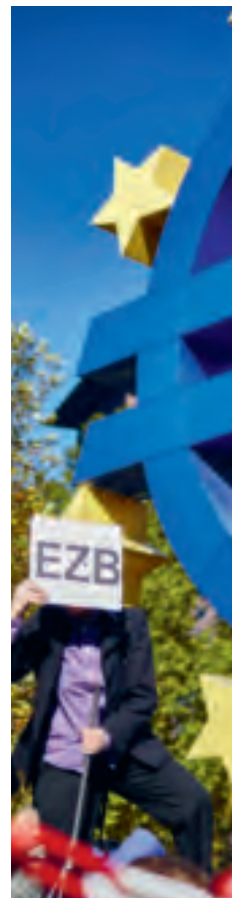
Die Folgen einer solchen Sparpolitik kann man gut in Griechenland beobachten. Die sogenannte Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) verfolgte dem hochverschuldeten Land gegenüber einen strikten Sparkurs: Gehälter und Renten mussten gekürzt

werden, die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgefahren, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen und die Verbrauchssteuer erhöht werden. Infolge dieser Maßnahmen brach der Konsum in Griechenland nachhaltig ein – und damit die gesamte Wirtschaftsleistung. Armut nahm drastisch

zu, Patienten/innen mit schweren Erkrankungen wurden nicht mehr behandelt. Und die Schulden? Die blieben und wurden sogar noch mehr – da Griechenland die Einnahmen, zum Beispiel aus Steuern, wegbrachen und weitere Kredite zur Schuldentilgung aufgenommen werden mussten. Zur Deckung der Darlehen aus der Privatwirtschaft wurde Griechenland auf dem Rücken der Bevölkerung einfach kaputtgespart. Auch Jahre später liegt das südeuropäische Land noch immer am Boden.

Dennoch hat sich das Bild vom sparenden Staat als gerechtem Staat durchgesetzt. Die Idee dahinter: Je mehr Schulden auflaufen, desto höher die Zinsen und damit bliebe für künftige Generationen kein Geld. Doch über kreditfinanzierte Ausgaben entstehen sehr wohl Vermögenswerte für künftige Generationen. Straßen und Infrastruktur können gebaut, ein funktionierendes Bildungs- und Gesundheitssystem kann unterhalten und in Umweltschutz investiert werden. Generationengerechtigkeit benötigt also keine Schuldenbremse, sondern sinnvolle und nachhaltige Investitionen.

Zur Deckung der Darlehen aus der Privatwirtschaft wurde Griechenland auf dem Rücken der Bevölkerung einfach kaputtgespart.



STRATEGIE DER ENTSTAATLICHUNG

Zur Verankerung und Legitimation der schwarzen Null in den Köpfen der Menschen haben die Bilder von vor Banken wartenden griechischen Rentnern/innen sowie Tagesgeldrationen von 60 Euro mit Sicherheit beigetragen. Tatsächlich steckt hinter dem vermeintlichen Erfolgsrezept „schwarze Null“ eine gezielte und langjährige Lobbyarbeit. Anhänger/innen des Neoliberalismus haben sich immer wieder für Entstaatlichung stark gemacht und eine rigide Sparpolitik gefordert. Der Ökonom Peter Bofinger beschreibt die Strategie in einem Text für die WSI-Mitteilungen der Hans-Böckler-Stiftung folgendermaßen: „Wenn man die Rolle des Staates beschneiden möchte, muss man ihm seine finanziellen Ressourcen entziehen. (...) In einem ersten Schritt werden umfangreiche Steuerentlastungen vorgenommen. (...) Bei unveränderten Ausgaben ergibt sich dadurch steigende Neuverschuldung. Wenn man gleichzeitig in der Bevölkerung eine hohe Angst vor Staatsverschuldung schürt, wird alsbald ein hoher Druck für Ausgabenkürzungen geschaffen.“

EIN GESPENST GEHT UM: ÖFFENTLICH PRIVATE PARTNERSCHAFTEN (ÖPP)

In Zeiten von knappen Kassen und Schuldenbremsen gibt es einen scheinbaren Ausweg: Die Öffentlich Private Partnerschaft (ÖPP). Das Konstrukt kommt aus Großbritannien und wurde dort von den Regierungen unter Margaret Thatcher und später Tony Blair entwickelt – also zwei Vorreitern/innen neoliberaler Entstaatlichung und Deregulierung. Vor allem die Privatwirtschaft hat ein großes Interesse an dieser besonderen Form von Privatisierung. Denn dadurch sind riesige Gewinne möglich.

Der vermeintliche Vorteil für überschuldete Kommunen besteht darin, dass sie zunächst selbst keinen Kredit aufnehmen müssen, um Infrastruktur-Projekte zu realisieren. Stattdessen bauen private Unternehmen nicht nur die Infrastruktur, sondern sie übernehmen auch Finanzierung und Betrieb. Im Gegenzug erhalten sie entweder von Nutzern/innen oder vom Staat Gebühren.

So können Großprojekte, die unter dem Dogma der schwarzen Null nicht auf einmal finanzierbar sind, dennoch umgesetzt werden. Die Sache hat allerdings einen Haken: Langfristig gesehen sind diese Projekte meist teurer als herkömmlich finanzierte Bauvorhaben. Die Verschuldung der öffentlichen Hand wechselt somit nur den Namen und wird in die Zukunft verschoben. Während die Ergebnisse – und das ist das Schlimmste an der Sache – nun aber eben kein Gemeineigentum mehr sind, sondern privaten Investoren gehören, die sie der Öffentlichkeit gegen Entgelt zur Nutzung zur Verfügung stellen.



Zwischen 2012 und 2015 gab es in Frankfurt am Main mehrere Großdemonstrationen und Aktionen gegen die europäische Sparpolitik im Rahmen der Eurokrise. Es beteiligten sich jeweils viele Zehntausend Menschen an den Protesten, die auch ein Zeichen der Solidarität mit den am stärksten betroffenen Ländern wie Griechenland oder Spanien darstellten.

SOLIDARISCHE PERSPEKTIVEN ENTWICKELN!

Deutschland lebt mittlerweile von der Substanz. Und die bröckelt. Dem Staat fehlt aufgrund der Schuldenbremse das Geld für notwendige Modernisierungen. Allein 7,2 Milliarden Euro müssten jährlich in die Infrastruktur investiert werden, nur um sie zu erhalten.

Die Schuldenbremse wird Bund und Länder – sofern die Steuereinnahmen nicht signifikant steigen – zum Abbau von Ausgaben zwingen. Das dürfte vor allem die Sozialtats betreffen, den mit über 600 Milliarden Euro größten Posten im Bundeshaushalt. Nicht zuletzt werden auch die öffentlichen Investitionen weiter zurückgefahren werden.

Doch der Sparmodus Schuldenbremse ist nicht im Interesse der Bevölkerung – weder heute noch morgen. Denn öffentliche Ausgaben auf Kredit sind per se riskant oder problematisch. Es kommt doch auf ihre Qualität an: Was wäre unsere Gesellschaft denn ohne öffentliche Krankenhäuser, Kinderbetreuung, Schulen, Universitäten, öffentlichen Personennahverkehr und soziale Sicherungssysteme?

Die gewerkschaftliche Position ist klar: Investitionen müssen vorrangig aus Steuern finanziert werden. Das wäre auch gar kein Problem, wenn der Staat nicht durch Steuersenkungen für hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften jährlich auf mehr als 45 Milliarden Euro verzichten würde. Diese Privilegien sollten rückgängig gemacht und Steuergerechtigkeit hergestellt werden. Zudem sollten Kreditfinanzierungen kein Tabu sein. Gerade wegen der anhaltenden Niedrigzinspolitik der EZB lässt sich die Infrastruktur kaum günstiger modernisieren. Erst wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, sollten neue Instrumente geprüft werden.

Die schwarze Null ist eigentlich keine schwarze Null. Sie ermöglicht privaten Unternehmen, Vermögenden und einkommensstarken Schichten höhere Gewinne durch die Senkung von Belastungen. Und sie belastet den Rest der Bevölkerung wie auch die öffentliche Hand durch die Umlage der Belastungen auf die Allgemeinheit – zum Beispiel durch Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die schwarze Null ist nichts anderes als ein Instrument zur Verlagerung aktueller Probleme in die Zukunft. Und zur weiteren Umverteilung von unten nach oben.



Die Vermögensteuer ist eine Steuer auf das Gesamtvermögen eines/r Steuerpflichtigen. Ihre Bemessungsgrundlage umfasst das nach Abzug der Schulden verbleibende Reinvermögen. Dazu gehören Immobilien, Sparguthaben, Wertpapiere und Lebensversicherungen sowie Sachvermögen wie Kraftfahrzeuge, Hausrat oder Kunstgegenstände. Seit 1997 wird die Vermögensteuer in Deutschland nicht mehr erhoben. Studien zufolge könnte ihre Reaktivierung, zugeschnitten auf besonders Reiche, etwa 15 Milliarden Euro jährlich erbringen, ohne dass größere wirtschaftliche Nachteile für Deutschland (wie beispielsweise Kapitalflucht) entstünden.



ZUM WEITERLESEN:

- Ingo Stütze: Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise, 2013



WICHTIGE BEGRIFFE

BRUTTOINLANDSPRODUKT (BIP)

Darunter ist die Summe aller Waren und Dienstleistungen zu verstehen, die innerhalb eines Landes und eines Jahres produziert werden. Das BIP gilt als wichtigste Kennziffer für Wirtschaftsleistung und -wachstum. Zum BIP werden auch Naturkatastrophen, Umweltzerstörungen sowie Unglücksfälle gezählt. Nicht berücksichtigt werden dagegen unentgeltliche Tätigkeiten, z. B. Pflege oder Kindererziehung, aber auch nicht das Wohlergehen der Bevölkerung. Das Wachstum des BIP gilt als Garantie für eine funktionierende Wirtschaft. Aufgrund der Kritik am BIP gibt es Gegenmodelle wie den Nationalen Wohlfahrtsindex des Umweltbundesamtes. Bei ihm spielt die Verteilung von Einkommen und Vermögen eine Rolle, genauso wie ehrenamtliche oder häusliche Arbeiten und öffentliche Ausgaben für Gesundheit und Bildung. Die Kosten für Naturkatastrophen und Umweltzerstörungen werden abgezogen.

STAATSHAUSHALT

Der Staatshaushalt ist das Budget, mit dem die öffentliche Hand arbeitet. Der Staat legt fest, welche Leistungen finanziert werden sollen. Diesem Plan werden die Einnahmen gegenübergestellt. Liegen die Einnahmen unter den Ausgaben, muss der Staat die Differenz über Kredite (z. B. Staatsanleihen) finanzieren. Die Kreditaufnahme hat ein Haushaltsdefizit zur Folge, das der Neuverschuldung entspricht.

INVESTITIONEN

Als Investitionen bezeichnet man die Anschaffung von Sachkapital, beispielsweise Maschinen, Grundstücke, Gebäude. Privater Konsum gilt nicht als Investition.

STAATSANLEIHEN

Eine Staatsanleihe ist ein festverzinsliches Wertpapier und die wichtigste Form, in der Staaten auf dem Finanzmarkt Kredite aufnehmen. Für Deutschland gibt die Deutsche Finanzagentur Anleihen aus. Sie befindet sich im Besitz des Bundes. Eine Anleihe hat einen Nennwert, zu diesem wird sie einmalig ausgegeben. Ein Beispiel: Für einen Kredit von einer Million Euro vergibt die Finanzagentur zehn Anleihen zu einem Nennwert von 100.000 Euro. Die Laufzeit einer Staatsanleihe beträgt zehn bis 30 Jahre. In dieser Zeit bekommt der Gläubiger jährlich Zinsen ausgezahlt. Nach Ende der Laufzeit wird die gesamte (restliche) Schuld beglichen. Für die Rückzahlung müssen meist neue Kredite aufgenommen werden.



DR. PHIL. TOVE SOILAND

WIE STEHT ES UM DIE GERECHTIGKEIT ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN, FRAU SOILAND?

Tove, zur Rolle der Frau im Neoliberalismus: Wie hängen kapitalistische Produktionsweise und geschlechtliche Aufteilung von Reproduktion und Arbeit zusammen?

Es geht weniger um die Rolle als um die Arbeit: Im ursprünglichen Kapitalismus gibt es eine Arbeitsteilung, die Frauen den Bereich zuteilt, der vermeintlich außerhalb der kapitalistischen Produktion steht: die Herstellung und Erhaltung der Bedingungen des Lebens, wie man in der feministischen Ökonomie sagt. Das, was in der marxistischen Tradition Reproduktionsarbeit heißt, die Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Ich sage, vermeintlich außerhalb, weil der Kapitalismus diese Reproduktion natürlich braucht. Aber er stellt sie nicht in Rechnung. Es geht also um eine gesellschaftlich notwendige Arbeit, die nicht als solche in den Büchern erscheint.

Wie äußert sich die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern heute?

Heute scheint es, als ob Männer und Frauen gleichen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen hätten. Frauen sollen in den

Arbeitsmarkt integriert werden, junge Frauen werden gefördert. Man kann sagen, vor dem Markt sind tatsächlich alle Geschlechter gleich. Wir haben es aber mit einem Fortbestehen geschlechtlicher Ungleichheit zu tun. Um nur eine Zahl zu nennen: Der Anteil am Lohnvolumen, den Frauen bekommen, hat sich in den letzten 30 Jahren nicht verändert. Er beträgt in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften unverändert 30 Prozent. Also müssen wir erklären, wie das kommt. Lohnanteil heißt ja immer auch Verfügungsmacht über ökonomische Ressourcen. Obwohl Frauen – die bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammengerechnet – genauso viel arbeiten wie Männer, haben sie nach wie vor nur 30 Prozent des Kuchens des gesamten Lohnvolumens.

Unter neoliberalen Bedingungen kommen viele Haushalte nicht mehr mit einem Einkommen aus. Kommt es für Frauen so erst recht zu Doppelbelastungen?

Es wird noch schlimmer! In der Frühindustrialisierung war die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern ungefähr gleich hoch. Dass Frauen nur zu Hause sind und

für die Reproduktion, also für die Kinder und den Mann sorgen, war stets bloß ein Ideal. Frauen waren immer auch erwerbstätig, aber im Fordismus, also in der Zeit vom Zweiten Weltkrieg bis zur großen Krise in den 1970er-Jahren, sollte der sogenannte männliche Ernährerlohn für die ganze Familie ausreichen. Es war vorgesehen, dass Frauen zeitlich für Arbeiten zu Hause freigestellt sind. Der reale Lohn erlaubte es immerhin zu bedenken, dass auch im Kapitalismus die Reproduktionsarbeit erledigt werden muss. Heute sagt man im Namen der Emanzipation, auch Frauen sollen am Arbeitsmarkt selbstständig für ihr Auskommen sorgen. Das sei das Zeichen für die Überwindung ihrer Abhängigkeit vom männlichen Ernährer. Aber gleichzeitig wird die Frage, was mit der unbezahlten Arbeit geschieht, gar nicht mehr thematisiert. Es wird gesagt, es gibt doch Kinderkrippen. Aber selbst wenn genügend Kinderkrippen vorhanden wären, was weder in der Schweiz noch in Deutschland der Fall ist, würde das nicht reichen. Kinder brauchen nicht nur sechs bis sieben Stunden Betreuung am Tag, sondern etwa 16. Davon ist überhaupt nicht mehr die Rede. Früher war klar, dafür ist die Frau zuständig und es gibt Lohnbestandteile im männlichen Ernährerlohn, die wenigstens für die nötige Infrastruktur sorgen, auch wenn die Arbeit selbst unbezahlt bleibt. Das fällt jetzt vollkommen raus. Wenn Männer und Frauen Vollzeit erwerbstätig sein müssen, was heute meist der Fall ist, bleibt absolut unklar, wer eigentlich für die Arbeit zu Hause noch Kapazitäten hat. Unter dem Deckmantel der Gleichstellung wird die Reproduktionsarbeit neu organisiert, ohne dass das nach außen überhaupt zum Thema wird.

Viel diskutiert wird dagegen die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen. Das Stichwort lautet Gender-Pay-Gap. Wie ist das zu bewerten?

Das Problem ist, dass die Rede vom Gender-Pay-Gap nur die aktive Diskriminierung thematisiert. Das Ideal heißt gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und wenn das nicht der Fall ist, kann man das einklagen. Frauen wurden durch ihre Emanzipation aber im

Wesentlichen in den Care-Sektor integriert. Sie arbeiten vorrangig in der Kinderbetreuung, in der Volksschule, in der sozialen Arbeit oder in der Pflege. Das sind Berufe, die, ökonomisch gesprochen, wertschöpfungsschwach sind. Dabei handelt es sich nicht um Diskriminierung. Ein Krankenhaus kann nicht mehr Löhne bezahlen, als es für die Leistungen, die es erbringt, einnimmt. Es ist ein ökonomisches Phänomen, dass diese wertschöpfungsschwachen Arbeiten nicht gleichermaßen Produktivitätssteigerungen zugänglich sind wie andere Arbeiten, zum Beispiel im IT-Bereich. Aber daraus folgt, dass die Löhne in den Bereichen, in denen Frauen integriert wurden, niedriger sind. Wir können sagen, dass Frauen zwar vermeintlich von der Arbeit zu Hause entlastet wurden, was teilweise stimmt. Doch dadurch ist ein prekärer Niedriglohnssektor entstanden, in dem Frauen sich in Arbeiten wiederfinden, die sie früher zu Hause gemacht haben und die immer noch an ihnen hängen bleiben. Das ist eine doppelte Prekarisierung der weiblichen Arbeit.

Aufstiegchancen sind für Frauen formal gegeben, dennoch machen sie seltener Karriere als männliche Kollegen. Woran liegt das?

Natürlich gibt es Frauen, die als Managerinnen Aufstiegsmöglichkeiten nutzen und Karriere machen. Aber das betrifft nicht das Gros. Wenn wir davon sprechen, dass Frauen in den Arbeitsmarkt integriert wurden, sind sie, wie gesagt, häufig in den Care-Bereich gegangen. Das hat historische Gründe. Dort erzielen Frauen aber kein existenzsicherndes Einkommen. Es gibt zwar Frauen in IT-Berufen und da, wo Geld verdient wird, aber das ist nicht die Regel. Meist entscheiden sich Frauen für Berufe, die ihnen erlauben, sich auch noch um ihre Kinder zu kümmern. Wenn man tatsächlich eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse anstrebt, muss man dafür sorgen, dass die Care-Arbeit so bezahlt wird, dass sie ein gutes Auskommen einbringt. Alles andere fokussiert auf die fünf oder acht Prozent der Frauen, die Karriere machen. Das scheint mir nicht entscheidend, wenn es um eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse geht.

Im globalen Zusammenhang ergibt sich zunehmend ein neues Spannungsfeld: Aufgaben der Reproduktions-sphäre werden an die Nächstschwächeren weitergegeben, etwa Migrantinnen.

Das als Schuldzuweisung zwischen Frauen zu verhandeln, bringt nichts. Es bräuchte, wie gesagt, eine politische Lösung für die wertschöpfungsschwachen Arbeiten des Care-Sektors, die im Rahmen der kapitalistischen Logik unmöglich einen anständigen Lohn abwerfen können. Hier aber arbeiten 60 Prozent der Frauen und hier findet die wirkliche Prekarisierung statt, nicht in der Industrie.

Dr. phil. Tove Soiland studierte Geschichte, Philosophie und Germanistik in Zürich. Sie arbeitet als Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten und bietet bei der Gewerkschaft VPOD in Zürich regelmäßig Seminare für Frauen zu feministischer Ökonomie und feministischer Theorie an. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich Feministische Theorie, französische Psychoanalyse und Marxismus. 2016 wurde sie mit dem Ida-Somazzi-Preis für ihr feministisches Engagement ausgezeichnet.



MARX IST MUSS!

WER DEN KAPITALISMUS BEGREIFEN WILL,

KOMMT AN MARX' KRITIK NICHT VORBEI.



Karl Marx und Friedrich Engels lebten im 19. Jahrhundert zunächst in Deutschland und später in England. Ihr gemeinsames Interesse galt der Analyse und Kritik der politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse ihrer Zeit, mit dem Ziel, diese zu überwinden und eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen. „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“ gilt als Hauptwerk von Karl Marx. Der erste Band erschien 1867. Die beiden weiteren veröffentlichte Friedrich Engels auf Basis von Marx' Manuskripten nach dessen Tod.

Wie Kapitalismus funktioniert. Warum er ohne Ungerechtigkeit nicht zu haben ist. Und weshalb er nicht das Ende der Geschichte sein könnte.

Zum 150. Jahrestag seines berühmten Hauptwerks „Das Kapital“ wird Karl Marx selbst von seinen Kritikern/innen nicht mehr pauschal verteufelt. Zumindest unterscheiden auch sie, wie allgemein üblich geworden, zwischen seiner Analyse und Kritik der kapitalistischen Gesellschaft und der Vielzahl ihrer Auslegungen und Interpretationen in der langen und wechselvollen Geschichte des Marxismus, inklusive der praktischen Folgen. Doch worin besteht eigentlich Marx' Kapitalismuskritik?

Oft wird angenommen, Marx' Kritik beziehe sich nur auf den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Sie sei daher, so wenden Marx-Kritiker/innen gern ein, veraltet und könne für das Verständnis der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr sinnvoll genutzt werden. Denn der Kapitalismus habe sich nicht nur ökonomisch und technisch weiterentwickelt, sondern auch sozial – auch und gerade durch die sozialen Kämpfe und ihre Errungenschaften. Zudem sei der Versuch einer sozialistischen Alternative gescheitert.

In der Tat bezog sich Marx auf den Kapitalismus seiner Zeit und hier vor allem auf England. Allerdings entwickelte er die grundsätzliche Produktions- und Funktionsweise des Kapitalismus und analysierte dessen Systematik – und insofern kann seine Analyse als zeitlos gelten. Auf welche Weise z. B. die Produktivkraft der Arbeit gesteigert wird, wie Mehrwert produziert und ausgebeutet wird und was Mehrwert und Ausbeutung überhaupt sind, oder die Bestimmung der Klassen durch ihre Stellung im Produktionsprozess: Das ist heute so gültig wie zu Marx' Zeiten. Des Weiteren wird angenommen, Marx kritisiere die Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die der Kapitalismus hervorbringt. Obwohl das zweifellos richtig ist, verfolgt „Das Kapital“ mindestens drei noch grundlegendere und daher radikalere Kritiken.

Zunächst kritisiert Marx schlicht die Vorstellungen, die sich die Wissenschaft, aber auch die Menschen in ihrem alltäglichen Leben von der kapitalistischen Gesellschaft machen: Beispielsweise davon, wie Werte, Profite und Kapital entstehen. Oder was Geld eigentlich ist.

Zweitens beansprucht er durch diese Kritik zugleich ein besseres wissenschaftliches Verständnis der kapitalistischen Ökonomie. Dazu gehört aber auch zu zeigen, dass es der Kapitalismus selbst ist, der diese falsche Vorstellung von sich hervorbringt. Denn die Auffassungen der bürgerlichen Wissenschaft und des Alltagsverstands kritisiert Marx nicht einfach „nur“ als falsch. Er zeigt vielmehr, dass sie im Kapitalismus selbst angelegt sind, und zwar indem er durch seine Erscheinungsweise bestimmte Vorstellungen hervorbringt, etwa über den Wert, das Geld, das Verhältnis von Arbeit und Kapital usw. Diese unmittelbaren Erscheinungen sind indes oberflächlich und geben die kapitalistische Ökonomie nur verkürzt und verkehrt wieder: Sie sind ein „notwendiger Schein“. Zum Beispiel scheinen sich Preise aus Angebot und Nachfrage zu ergeben. Oder das Geld scheint von Natur aus wertvoll zu sein. Dagegen zeigt Marx, dass in den Preisen das Verhältnis von Arbeit und Kapital ebenso zur Erscheinung kommt wie verschwindet. Auch das Geld ist nicht an sich wertvoll, quasi von Natur aus, sondern es erhält seinen Wert durch seine ökonomischen Funktionen und Kreisläufe. Besonders deutlich wird das falsche Verständnis in der Personifizierung: Marx zufolge sind nicht die einzelnen Kapitalisten oder ihre Klasse verantwortlich für die kapitalistische Ausbeutung und Krisen, sondern das Kapitalverhältnis. Dieses Verhältnis ist im Kapitalisten „personifiziert“, sodass er gleichsam die Zwänge und Notwendigkeiten verkörpert und repräsentiert, die letztlich im Kapitalismus selbst angelegt sind.

Und schließlich kritisiert Marx natürlich die Sache selbst, also die kapitalistische Ökonomie. Hier kommt auch die Kritik zum Zuge, für die Marx bekannt ist: Kritik ungleicher Machtverhältnisse, des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln, ungerechte Verteilung des Reichtums, die Notwendigkeit von Krisen usw. Allerdings führt Marx all das nicht auf Fehler im System oder auf falsche Interessen zurück, etwa auf Macht- oder Profitgier. Vielmehr sind Ungleichheit und Ungerechtigkeit, genau wie Krisen oder die gegensätzlichen Interessen von Arbeiter und Kapitalist, in der Ökonomie selbst angelegt, vor allem in dem Zwang, Arbeit und Kapital

produktiv zu verwerten. Die Kritik muss sich daher statt gegen einzelne Personen und ihre (Klassen-)Interessen gegen die Zwänge richten, die die kapitalistische Produktionsweise mit sich bringt. Will man diesen Zwängen entkommen, braucht es eine ganz andere, neue Produktionsweise.

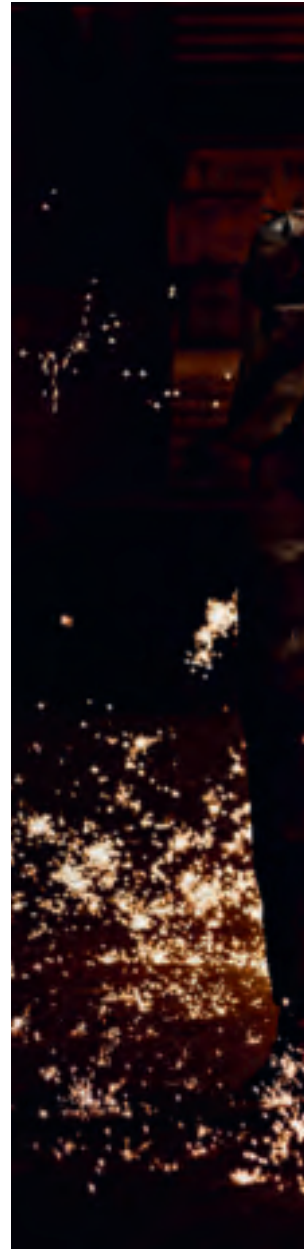
Doch dass Marx die Krisenhaftigkeit, Ungleichheit und Ungerechtigkeit des Kapitalismus kritisiert, ist ohnehin nur die halbe Wahrheit. Denn auf der anderen Seite begrüßt Marx geradezu begeistert den gesellschaftlichen Charakter, welcher der Arbeit und den Produktionsmitteln im Kapitalismus zukommt. Die Menschen leben nicht mehr in Verhältnissen feudaler und religiöser Herrschaft, sie müssen nicht mehr in der Landwirtschaft und in einfachen Handwerksberufen arbeiten. Vielmehr wird im Kapitalismus durch Wis-

senschaft, Technik und die Industrialisierung, durch eine ganz neue Organisation der Arbeit und der Gesellschaft insgesamt eine ungeheure Produktivität freigesetzt. Marx beruft sich auf diese Steigerung der Produktivität und die ungeheure Vermehrung des Reichtums sowie auf den gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt. Die

Notwendigkeit einer anderen Gesellschaft wird daher nicht einfach auf die Ungerechtigkeit und Krisenhaftigkeit der bestehenden Gesellschaft und auf ihre unaufhebbareren Widersprüche zurückgeführt. Die kapitalistische Gesellschaft wird Marx zufolge vielmehr von einer ungeheuren und durchaus fortschrittlichen Dynamik vorangetrieben, durch die sie von sich aus über sich hinausgetrieben wird und nach einer neuen, anderen Gesellschaft verlangt.

Wie diese neue Gesellschaft aussehen soll, darüber hat Marx allerdings kaum etwas gesagt. Auch wenn er gern als „Begründer des Kommunismus“ bezeichnet wird und sich die sozialistischen Staaten durchgehend auf ihn berufen haben, behandeln seine Schriften fast ausschließlich den Kapitalismus. Zu einer anderen, sozialistischen Gesellschaft hat Marx sich nur an wenigen Stellen geäußert, und das auch nur sehr vage. Die Entwicklung in der Sowjetunion und der Terror des Stalinismus sind jedenfalls keine Folge der Umsetzung seiner Ideen. Im Gegenteil, die gewaltsame Industrialisierung und Modernisierung in der Sowjetunion und die Mittel ihrer Durchsetzung und Absicherung – Staat und Bürokratie, Geheimdienste, Polizei und Militär – waren (und sind) auch für kapitalistische Gesellschaften kennzeichnend.

**Nicht die einzelnen
Kapitalisten oder ihre
Klasse sind verantwortlich
für die kapitalistische
Ausbeutung, sondern das
Kapitalverhältnis.**





„Der Arbeiter ist rechtlich und faktisch Sklave der besitzenden Klasse, der Bourgeoisie, so sehr ihr Sklave, daß er wie eine Ware verkauft wird, wie eine Ware im Preise steigt und fällt. Steigt die Nachfrage nach Arbeitern, so steigen die Arbeiter im Preise; fällt sie, so fallen sie im Preise; fällt sie so sehr, daß eine Anzahl Arbeiter nicht verkäuflich sind, ‚auf Lager bleiben‘, so bleiben sie eben liegen, und da sie vom bloßen Liegen nicht leben können, so sterben sie Hungers.“

Friedrich Engels in „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845)

ZENTRALE BEGRIFFE BEI MARX

KAPITALISMUS

Der Begriff „Kapitalismus“ verbreitet sich erst in der Zeit nach Marx. Marx selbst beansprucht eine Kritik der „kapitalistischen Produktionsweise“. Damit ist die Art und Weise gemeint, wie Arbeit und Kapital durch die Produktion von Waren verwertet werden. So verschieden die Gestalten von Arbeit und Kapital sowie der Waren auch ausfallen: Letztlich sind sie einem Verwertungszwang unterzogen, der eine eigenständige anonyme und abstrakte Macht ist. Der Notwendigkeit der Verwertung sind einerseits alle Menschen unterworfen, andererseits entzieht sie sich ihrer Kontrolle. Auch Staat und Politik können – und müssen – den Verwertungszwang zwar verwalten und regulieren, können seine Dynamik aber letztlich nicht endgültig bewältigen oder gar überwinden.

VERWERTUNG

Die gesamte kapitalistische Ökonomie durchzieht ein doppelter Charakter. Sie ist zum einen ein stofflich-materieller Arbeits- und Produktionsprozess, der nützliche Gebrauchswerte produziert. Zum anderen ist sie eine Verwertung und Akkumulation (Anhäufung) rein quantitativer (mengenmäßiger), abstrakter Werte. Die Arbeitenden und die Produktionsmittel gehen daher nicht nur als bestimmte Menschen und Dinge mit Fähigkeiten und Eigenschaften in die Produktion ein, sondern auch als bestimmte Wertgrößen. Auch die Resultate ihrer Produktion sind einerseits nützliche Gebrauchswerte und zugleich abstrakte Tauschwerte.

ARBEIT UND KAPITAL

Marx zufolge gibt es einen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, weil beide unterschiedliche Interessen verfolgen. Der Arbeiter will einen möglichst hohen Lohn, sichere Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung, viel freie Zeit usw. Der Kapitalist dagegen will möglichst viel Gewinn für sich, er will möglichst niedrige Löhne und soziale Abgaben zahlen usw. Marx führt diesen Widerspruch auf die Notwendigkeit einer übergreifenden Verwertung zurück, der beide Seiten unterzogen sind – allerdings in unterschiedlicher Stellung und Machtposition.

Die Arbeitenden besitzen nämlich nichts als ihre Arbeitskraft, während die Kapitalisten darum Kapitalisten sind, weil sie die Produktionsmittel besitzen. Da der Kapitalist die Notwendigkeit der produktiven Verwertung dieser Produktionsmittel auf sich nehmen muss, sagt Marx, der Kapitalist sei nur eine „Personifikation gesellschaftlicher Verhältnisse“. Der Widerspruch von Arbeit und Kapital ist daher nur lösbar durch die Überwindung ebendieser kapitalistischen Verhältnisse selbst, d. h. durch eine neue, ganz andere Art der Produktion.

ARBEITER/IN ODER

DIE „DOPPELTE FREIHEIT“

Im Kapitalismus sind die Arbeitenden zum ersten Mal in der Geschichte frei. Sie sind weder Sklaven, noch sind sie feudaler oder religiöser Herrschaft und Abhängigkeit unterworfen. Allerdings sind sie frei im doppelten Sinn. Sie sind frei, weil sie keine eigenen (Re-)Produktionsmittel besitzen, und aufgrund dieser „Freiheit“ von eigenen Mitteln sind sie der Notwendigkeit ausgesetzt, ihre Arbeitskraft frei auf dem Markt zu verkaufen. Statt der Produktionsmittel besitzen sie also nichts als ihre Arbeitskraft, und durch deren Verkauf wird die Arbeitskraft selbst im Kapitalismus zu einer Ware.

AUSBEUTUNG

Ausbeutung ist nicht, wie in vorkapitalistischen Zeiten, eine gewaltsame oder unrechtmäßige Aneignung durch direkte personale Herrschaft und Abhängigkeit. Vielmehr produzieren die Arbeitenden mehr Werte, als sie für ihren eigenen Lebensunterhalt benötigen und im Lohn erhalten. Es ist diese Differenz, dieser „Mehrwert“, der letztlich für beide Seiten zur Verfügung steht und sowohl die Reproduktion der Arbeitenden wie die des Kapitals erweitern kann. Wie viel Mehrwert produziert wird, hängt von der Produktivität ab, wie er verteilt wird und wie viel zum Lohn und wie viel zum Profit wird, hängt von Machtverhältnissen und Arbeitskämpfen ab.

GELD

Marx hat das gesamte „Geldrätsel“ in einem einzigen Satz zusammengefasst: „Alle Illusionen des Monetarsystems (= Geldsystem) stammen daher, daß dem Geld nicht angesehen wird, daß es ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis darstellt, aber in der Form eines Naturdinges von bestimmten Eigenschaften.“ Geld ist zwar nur irgendein Ding, ja es kann sogar eigentlich relativ wertloses Papier sein. Aber durch seine Funktionen stellt es dieselbe kapitalistische Ökonomie dar, die es zugleich vermittelt. Und durch diese ökonomische Vermittlung erhält das Geld letztlich auch erst seinerseits Wert. Es ist daher nicht, auch wenn es so scheint, von sich aus, quasi von Natur aus, wertvoll. Ich kann also mit dem Geld, wie Marx sagt, „unsere gesellschaftliche Macht und den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang, die gesellschaftliche Substanz in der Tasche mit mir herumtragen“.

KRISE

Krisen gehören nach Marx nicht nur zum Kapitalismus dazu, der Kapitalismus hat eine ganz neue Form von Krisen hervorgebracht. In vorkapitalistischen Zeiten traten Krisen ein, wenn schlicht zu wenig da war: etwa durch schlechte Ernten, Kriege, Krankheiten, Katastrophen u. Ä. Der Kapitalismus gerät aber ausgerechnet dann in eine Krise, wenn zu viel da ist: zu viele Arbeitskräfte, die nicht vom Kapital angewandt und verwertet werden können; zu viele Waren, die zwar produziert wurden, aber nicht

verkauft werden können; Produktionsmittel, die brachliegen; oder zu viel Kapital in Form von Geld, das nicht produktiv investiert und verwertet werden kann. Kurzum, gerade die ungeheure Steigerung der Produktivität und gerade die Vermehrung von gesellschaftlichem Reichtum in all seinen Gestalten – Arbeitskräfte, Produktionsmittel, Waren, Geld – macht die weitere Verwertung und Reproduktion dieses Reichtums schwierig und bringt Krisen hervor.

Die Logistik – also Transport, Umschlag, Lagerung und Verteilung von Waren – ist von jeher Teil der kapitalistischen Wertschöpfungskette. Mit der Globalisierung und der Digitalisierung kommt ihr jedoch eine immer größere Bedeutung zu. Von Rohstoffen über Daten bis hin zu fertigen Produkten – alles soll so schnell, so billig und so sicher wie möglich von jedem Ort der Welt an jeden anderen gelangen. Warenströme müssen ungehindert fließen, um das Maximum an Profit herauszuholen.



REVOLUTION

EIN FALSCHER WIDERSPRUCH

WIR MÜSSEN AUF REFORMEN SETZEN, WENN WIR DIE GESELLSCHAFT RADIKAL ERNEUERN WOLLEN.

PRO Zugegeben, Reformen haben keinen übermäßig guten Ruf. Zwar versteht der „Duden“ darunter die „planmäßige Neuordnung, Umgestaltung, Verbesserung des Bestehenden“, allerdings: „ohne Bruch mit den wesentlichen geistigen und kulturellen Grundlagen“. Was die Reform von der Revolution unterscheidet, ist genau dieser radikale „Bruch“. Daher auch das schlechte Ansehen der Reform: zu langsam, zu träge, zu ineffektiv, um die wirklichen Probleme der Menschheit anzupacken.

Meistens spricht man im Recht und in der Politik von Reformen – von einer Reform des Gesundheitswesens, einer Gebietsreform oder etwa einer Reform des Wahlrechts. Aber nicht nur. Die wohl berühmteste Reform außerhalb dieser Bereiche dürfte die Neubegründung des christlichen Glaubens durch Martin Luther sein, die „Reformation“. Das zeigt: Auch Reformen können gewaltige Veränderungen mit sich bringen und Gegenstand überaus kontroverser Diskussionen sein. Ob eine Reform gut ist oder nicht, liegt im Auge der/des Betrachtenden. Protestanten/innen und Katholiken/innen dürften dahingehend bei der Reformation äußerst unterschiedlicher Meinung sein. Das gilt auch in der Politik. Ob man die „Agenda 2010“ als eine sinnvolle Reform betrachtet oder nicht, hängt vom Standpunkt ab. Für die Beschäftigten hat sie Nachteile gebracht, für die Arbeitgeber Vorteile. Am ehesten noch dürfte die Einführung des Mindestlohns als Reform im Sinne einer weitgehenden Verbesserung des Bestehenden durchgehen, um die Folgen der Agenda 2010 im Niedriglohnsektor abzdämpfen.

Ein zentrales Merkmal von Reformen ist, dass sie die Grundlage des Bestehenden nicht verändern. Ungerechtigkeit, die in unserer Gesellschaft als solche angelegt ist, kann daher durch Reformen nicht abgeschafft werden. Im günstigsten Fall können sie Symptome lindern. Dazu kommt: Weil Reformen in Demokratien stets an Zustimmung, Mehrheiten und Parlamente gebunden sind, können sie auch schnell wieder zurückgenommen werden, wenn sich die Machtverhältnisse nach der nächsten Wahl wieder ändern.

Was aber spricht dann ernsthaft für Reformen? Warum dann nicht voll auf eine Revolution setzen? Die Antwort gefällt nicht allen, weil sie bitter ist: Weil Reformen im Hier und Jetzt ansetzen. Revolutionen sind derzeit hingegen nicht in Sicht. Überhaupt sind sie selten, sehr selten. Die meisten Menschen erleben keine einzige.

Warum dann aber das ganze Leben auf etwas warten, das vielleicht nie eintritt? Wäre es nicht viel vernünftiger, die eigene Kraft und Energie für die Gegenwart einzusetzen?

Es gibt noch einen anderen Knackpunkt: Revolutionen sind auch deshalb in unseren Breiten derzeit vollkommen unrealistisch, weil die Gefahr besteht, dass dabei nicht nur die Logistik der Macht zusammenbricht, sondern ebenso die der Krankenhäuser und Supermärkte. Genau deswegen hat kaum jemand Lust mitzumachen. Wer daher wirklich etwas bewegen will, darf nicht auf Revolutionen hoffen, sondern muss für Reformen kämpfen. Schon bei Bertolt Brecht heißt es: „Verlasse die Welt nicht als ein besserer Mensch, verlasse eine bessere Welt.“

Vielleicht allerdings ist die Frage nach Reform oder Revolution einfach falsch gestellt, ein Missverständnis. Denn jede gute Reform braucht immer auch eine gesellschaftliche Zielvorstellung, eine Vision, eine Utopie. Genau da liegt die Schnittmenge mit der Revolution. Ein gutes Beispiel ist die Öffnung der Universitäten für die Kinder von Arbeitern/innen seit den 1960er Jahren. Nur durch den starken Wunsch nach Gleichberechtigung und Chancengleichheit wurde die Reform der Universitäten vorangetrieben. Das hat es unter anderem ermöglicht, dass an den Universitäten neue Orte des freien Denkens entstanden. Was wiederum dazu geführt hat, dass mehr Menschen Zeit und Raum hatten, darüber nachzudenken, wie denn ein gutes Leben aussehen könnte. Reformen bereiten häufig erst den Boden, auf dem utopisches, revolutionäres Denken gedeihen kann.

Die Reform ist daher in gewisser Weise die kleine Schwester der Revolution, auch wenn viele Revolutionäre/innen das nicht gern hören. Denn das Eintreten für eine Reform schließt keineswegs aus, dass man mit viel Herzblut und sehr energisch bei der Sache ist. Nur braucht es eben einen genauen Blick für die Realitäten (und die demokratischen Mehrheiten) und nicht nur schöne Phrasen, was man alles tun könnte, sollte, müsste. So gesehen erweist sich das Eintreten für weitreichende Reformen als die Wahrheit der revolutionären Idee. Denn das Beginnen im Hier und Jetzt, das zähneknirschende Arrangement mit dem Kompromiss, all das ist eben heute der Preis dafür, wenn man die Welt als eine bessere hinterlassen und nicht nur als ein besserer Mensch verlassen will.

VERSUS REFORM

DIE GANZE BÄCKEREI

WIR BRAUCHEN REVOLUTIONEN, UM DIE WELT ZU VERÄNDERN.

CONTRA Revolutionen, das sind sehr grundsätzliche Neuerungen und Veränderungen. Der „Duden“ unterscheidet zwei Ebenen, den „auf radikale Veränderung der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse ausgerichteten, gewaltsamen Umsturz“ und die „umwälzende, bisher Gültiges, Bestehendes verdrängende ... tiefgreifende Wandlung“. Ein Umsturz geht meistens ziemlich schnell. Der berühmte „Sturm auf die Bastille“ in Paris am 14. Juli 1789 dauerte nur wenige Stunden, auch wenn bis zur Hinrichtung des Königs fast vier Jahre vergingen. Am Ende des revolutionären Prozesses hatte das Bürgertum über König, Adel und Kirche gesiegt und damit eine neue gesellschaftliche Kraft die Oberhand gewonnen. Bei den „tiefgreifenden Wandlungen“ kann es hingegen schon mal sehr lange dauern. Ein Beispiel ist die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert, ausgelöst unter anderem durch die Erfindung der Dampfmaschine. Oder auch die „mikroelektronische Revolution“ seit den 1980er Jahren. Allerdings kennt der gewaltsame Umsturz stets einen klar erkennbaren Akteur, welcher bei den grundlegenden Wandlungen eher selten auszumachen ist.

Gemein sind beiden Typen von Revolution ihre erheblichen Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche. Im revolutionären Frankreich hatten die Menschen auf einmal gleiche Rechte, wählten das Parlament und brauchten keine Angst mehr vor adliger Willkür zu haben. Die industrielle Revolution ermöglichte die günstige und deshalb massenhafte Herstellung vormals teurer und daher seltener Produkte. Die Schattenseiten waren allerdings ebenso dramatisch: Willkürliche Hinrichtungen und Terror hier, die Herausbildung eines besitzlosen Industrieproletariats mit Massenarmut in den Städten und neue menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse dort. Drängt sich die Frage auf: Ist eine Revolution nun gut oder schlecht?

Wie so oft gilt auch hier: Es kommt darauf an. Die Menschen haben in der Vergangenheit immer dann Revolutionen angezettelt, wenn die Lebensumstände so erdrückend waren, dass ihnen keine andere Wahl blieb. Die Französische Revolution begann etwa mit einem Marsch der Pariser Frauen, die gegen zu hohe Brotpreise demonstrierten. Die Oktoberrevolution wurde dadurch ausgelöst, dass sich die russischen Soldaten im Ersten Weltkrieg nicht mehr verheizen lassen wollten. Und bei der (friedlichen) Revolution von 1989 hatten viele in der DDR einfach die Nase voll vom piefigen real existierenden Sozialismus.

Ob die Träume der Revolution verwirklicht werden, steht zwar auf einem anderen Blatt, Revolutionen haben aber zumindest das Potenzial, die gesellschaftlichen Verhältnisse radikal umzugestalten. Genau das ist der grundlegende Unterschied zu Reformen, die das Bestehende höchstens weiterentwickeln können. Man denke an die Eigentumsfrage. Derzeit steigen die Mieten ins Astronomische, und so stellt sich durchaus die Frage, warum man für etwas, das ein Grundrecht sein sollte, überhaupt Geld ausgeben muss. Wer das ablehnt, sollte eine Revolution zumindest in Betracht ziehen, denn im Grundgesetz ist klipp und klar geregelt, dass „Eigentum und Erbrecht“ durch den Staat „gewährleistet werden“. Mit Reformen wie der „Mietpreisbremse“ ist da schlicht nichts zu holen.

Schon Karl Marx wusste, dass man sich mit den Mächtigen anlegen muss, will man die Gesellschaft radikal erneuern. Das ist aktueller denn je, denn alle wissen heute, dass der Kapitalismus schlecht für die Menschen ist. Die „Konsequenzen“ aber, die beispielsweise aus der Finanzkrise gezogen wurden und die angebliche „Reform“ der internationalen Finanzwirtschaft waren eine einzige Lachnummer. Das hat seinen Grund, denn immer noch profitieren zu viele Mächtige vom schlechten Zustand der Welt. Allen anderen läuft die Zeit davon. Jeden Tag sterben Menschen an Hunger und Aids, und wir ruinieren unumkehrbar den Planeten. Keine Frage, der Satz von Che Guevara klingt heute abgedroschen: „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche.“ Aber haben wir angesichts der gegenwärtigen kapitalistischen Verwüstungen wirklich noch eine andere Wahl, als revolutionär zu handeln? Und muss man nicht die ganze Bäckerei anmahnen, um zumindest einen angemessenen Teil vom Kuchen zu bekommen?

Beginnen wir also damit, radikale Forderungen aufzustellen und verleihen wir ihnen Nachdruck, und zwar auch mal über die Straßenverkehrsordnung hinaus! Denn nur so kommt Bewegung in die Sache mit den Sachzwängen. So war das 1968 bei den Protesten der Studierenden, und so war das bei Streiks, die für die jeweilige Zeit scheinbar utopische Forderungen stellten – denken wir an die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die Verkürzung der Arbeitszeiten. Am Ende des Tages haben gerade solche Forderungen langfristig zu besseren Arbeitsbedingungen geführt. Selbst wenn am Ende alles vergebens sein sollte: Revolutionen machen den Kopf frei, sie ermöglichen utopisches, revolutionäres Denken. Und wenn die Leute sich überhaupt wieder einmal vorstellen, was alles anders sein könnte und wie sie gern miteinander leben würden, dann wäre schon eine Menge gewonnen.



THE FUTURE IS UNWRITTEN

POSTKAPITALISTISCHE ALTERNATIVEN



Im April 2011 entstanden auf dem Tempelhofer Feld in Berlin auf einer Fläche von 5.000 qm die ersten zehn Hochbeete, angelegt von 20 Leuten. Heute gibt es mehr als 250 Hochbeete und über 700 Mitgärtner/innen. Der interkulturelle Gemeinschaftsgarten Allmende-Kontor funktioniert selbstorganisiert. Seine Gründer/innen verstehen sich als Teil einer globalen Bewegung. Die Gärten sind für sie mehr als nur ein Ort, wo man Gemüse anbaut: Sie sind eine Form von Aneignung, von solidarischer Gemeinschaft, ein Schritt zu einer „Stadt für alle“ im Kleinen.

Die Krise ist Dauerzustand im Weltsystem Kapitalismus. Er siegt sich zu Tode. Zeit, sich nach Alternativen umzusehen: Wie könnten wir gerechter produzieren? Wie sollte eine moderne Wirtschafts- und Arbeitswelt aussehen?

Hast du schon hast du schon gehört, das ist das Ende, das Ende vom Kapitalismus – jetzt isser endlich vorbei“ heißt es in dem „Lied vom Ende des Kapitalismus“ von Peter Licht. Soweit ist es noch nicht, und vielleicht wird es das auch in absehbarer Zeit nicht sein. Aber eins ist klar. So wie es ist, so kann es nicht bleiben. Und so wird es auch nicht bleiben. Denn die Menschen werden Hunger, Klimakatastrophen, Kriege, Ausbeutung und Armut nicht unendlich lange hinnehmen. Schon gar nicht, wenn sich die Phänomene immer mehr verschärfen. Über 60 Millionen Menschen befinden sich weltweit derzeit auf der Flucht. Der globale Norden schottet sich ab, während er chronisch über seine Verhältnisse konsumiert und produziert. Die Schere zwischen arm und reich spreizt sich. Die Krisentaktung wird kürzer. Und aus alldem scheinen derzeit vor allem Rechtspopulisten politisches Kapital zu schlagen. Vielleicht ist genau jetzt der richtige Zeitpunkt, über Alternativen zum Kapitalismus nachzudenken.

POSTWACHSTUM/DEGROWTH

2008 fand in Paris die erste große internationale Degrowth-Konferenz statt. Seither formiert sich die Bewegung. Growth steht im Englischen für Wachstum, die Vorsilbe „de“ steht für „reduzieren“ bzw. „wegnehmen“. Den Aktivisten/innen geht es um eine Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform, die das Wohlergehen aller zum Ziel hat und nachhaltig angelegt ist. Dafür braucht es in dieser Denkart einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, ein „Schluss-mit-höher-schneller-weiter“. Die Konkurrenz zwischen den Menschen muss der Vergangenheit angehören. Die Gesellschaft soll entschleunigt werden, um eine weitere Ausgrenzung und Überforderung zu verhindern. Das gute Leben für alle Menschen soll der allgemeingültige Maßstab sein. Praktisch bedeutet das für die Degrowth-Bewegung: Produktion und Konsum werden im globalen

Norden verringert, der globale Süden soll selbstbestimmt leben. Demokratische Teilhabe und neue Entscheidungsformen sollen in der Gesellschaft verstärkt werden. Die Wirtschaftskreisläufe sind regional verankert, aber miteinander vernetzt. Wie solch eine Entschleunigung in Anbetracht der technologischen Entwicklung durchgeführt werden soll, bleibt allerdings etwas unklar. Vor allem, wenn man bedenkt, dass es immer noch die gleichen Menschen sind, die in ihren Köpfen eine 180-Grad-Wendung vollziehen müssten. In der Philosophie gibt es daher bereits eine Gegenbewegung zur Postwachstumsbewegung: Die Akzelerationisten/innen fordern genau das Gegenteil zur Überwindung des Kapitalismus. Sie wollen die technische Entwicklung beschleunigen und den Kapitalismus mit den Mitteln des Kapitalismus schlagen. Die Soziologin Silke van Dyk stellte in einem Interview mit der „taz“ fest, dass Verzicht allein keine Systemalternative sein dürfe. Wichtig sei vor allem die politische Gestaltung einer Postwachstumsgesellschaft: „Es muss eine solidarische Ökonomie geben, die nicht auf kontinuierliche Steigerung angelegt ist; der Abbau sozialer Ungleichheit ist hierfür ein notwendiger Schritt. Und dann geht es darum, differenzierter zu schauen: Was darf wachsen (zum Beispiel soziale Dienstleistungen), und was soll schrumpfen (zum Beispiel Kohleenergie oder Verkehr)?“

PLANWIRTSCHAFT

In der Planwirtschaft werden Produktionsvorgänge kollektiv koordiniert. Dafür braucht es einen sogenannten Zentralplan, der die Produktion anhand der Bedürfnisse der Gesellschaft organisiert. Das Modell Planwirtschaft ist schon darum ein Gegenmodell zum Kapitalismus, weil dieser grundsätzlich spekulativ produziert, das heißt: immer auf ein Geschäft in der Zukunft hofft. Es geht ihm also nicht um bestehende Bedürfnisse und deren Befriedigung, sondern er sucht beständig nach Wegen, neuen bzw. mehr Profit zu machen. Allerdings ist die Planwirtschaft als ein Gegenmodell zum Kapitalismus im 20. Jahrhundert in Misskredit geraten. Denn der real existierende Sozialismus, zum Beispiel in der DDR, scheiterte unter anderem auch deshalb, weil er eben nicht bedürfnisorientiert produzierte (oder produzieren konnte) und auch die Verteilung sich nicht unbedingt an den Bedürfnissen aller orientierte. Zudem war die Wirtschaft nicht demokratisch eingebettet. Das ließe sich natürlich anders machen. Der Ökonom Giacomo Corneo bezweifelt zwar, dass die Menschen in solch einem Wirtschaftssystem gewissenhaft und ausreichend motiviert kooperieren würden. Er könnte sich aber sehr wohl eine demokratische Planwirtschaft vorstellen, in

der das kommunistische Prinzip gilt: Jede/r nach seinen/ihren Fähigkeiten, jedem/r nach seinen/ihren Bedürfnissen. Wissenschaftlich erarbeitete und partizipative Planverfahren können Corneo zufolge ein wirtschaftliches Chaos verhindern. Solche Planverfahren wurden beispielsweise schon von den US-Ökonomen und Nobelpreisträgern Kenneth Arrow und Leonid Hurwicz entwickelt. Die Digitalisierung könnte dabei eine sehr nützliche Rolle zum Vorteil aller spielen: Große Datenmengen könnten in einem digitalen Planverfahren heute sehr viel einfacher verarbeitet werden. Corneo allerdings zweifelt den Erfolg der Planwirtschaft aus zwei anderen Gründen an: Einerseits müssten sich die Menschen nach einem Zeitalter der Produktdifferenzierung mit einer Einschränkung des Sortiments zufriedengeben. Und andererseits würde es in seinen Augen an Innovationskraft fehlen, weil ein Zentralplan nicht den Mut und die Ideen kreativer Unternehmer/innen ersetzen könne.

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE UND DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Bevor der Kapitalismus gebrochen wird, kann er gebogen werden. So ähnlich formulierte es der Gewerkschafter Fritz Perez Naphtali, der für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zur Zeit der Weimarer Republik das Konzept der Wirtschaftsdemokratie entwickelte. Das Ziel ist die vollständige Demokratisierung der Wirtschaft. Alle wichtigen betrieblichen Entscheidungen sollen durch die Beschäftigten gefällt werden. Die Beschäftigten sollen kollektiv die Wirtschaft steuern und gestalten. Dazu gehört die Verstaatlichung von Betrieben und Branchen, die im öffentlichen Interesse sind, der Ausbau der sich schon in Staatshand befindlichen Wirtschaftsbereiche, eine Etablierung überbetrieblicher Wirtschaftsplanung und eine weitgehende innerbetriebliche Mitbestimmung. Eine zentrale Rolle in diesem Konzept spielen Gewerkschaften. Der DGB griff direkt nach dem Zweiten Weltkrieg die Idee wieder auf und verfasste ein Programm zur „Neuordnung der Wirtschaft“ – auch als Lehre aus dem Versagen der Weimarer Republik und dem Schrecken des Nationalsozialismus. Darin festgeschrieben wurde die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, die Vollbeschäftigung aller Arbeitswilligen, eine bedarfsorientierte Produktion, eine weitgehende Mitbestimmung in Fragen der Wirtschaftsführung, eine zentrale volkswirtschaftliche Planung sowie soziale Gerechtigkeit durch eine angemessene Beteiligung der Beschäftigten am Gesamtertrag. Ziel des Programms war eine gemischte Wirtschaftsordnung, ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus.





Die Wirtschaftsdemokratie gilt auch als Übergangsprogramm zu einem (demokratischen) Sozialismus. Im Sozialismus werden die Produktionsmittel vergesellschaftet – sprich sie gehören der Gemeinschaft. Die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen steht dabei im Vordergrund. Im demokratischen Sozialismus geht es vor allem um eine Stärkung der demokratischen Institutionen, um die Fehler des autoritären Staatssozialismus des Ostblocks nicht noch einmal zu machen. Inwieweit eine sozialistische Gesellschaft Wachstum oder gar einen Markt für Konsumgüter braucht, um fortschrittlich zu sein, wird in der Debatte um einen Sozialismus 2.0 diskutiert. Klar ist, dass sich eine sozialistische Gesellschaft vom Gewinnstreben befreit und eine soziale sowie ökonomische Teilhabe für die gesamte Gesellschaft garantiert.



Viele Großstädte in postindustriellen Gesellschaften sind heute geprägt von Gentrifizierung – dem Austausch von statusniedrigeren durch statushöhere Bevölkerungsschichten in einer Stadt oder einem Stadtteil. Zunächst ziehen immer mehr wohlhabende Menschen zu. Nach und nach steigen die Mieten. Mehr und mehr Eigentumswohnungen entstehen. Die Geschäfte in der Umgebung ändern sich. Wohnraum wird zum Spekulationsobjekt. Familien werden zwangsgeräumt. Doch es regt sich Protest. An vielen Orten schließen sich – wie hier in Berlin-Kreuzberg – Mieter/innen zusammen und wehren sich. Und oft mit Erfolg.



Ungerechtigkeit ist kein Naturgesetz. Kapitalismus auch nicht. Wir können alles verändern, wenn wir nur wollen. Dafür braucht es vor allem Offenheit und Mut. Offenheit für neue Ideen und Konzepte. Und Mut, diese anzugehen und umzusetzen – zur Not auch gegen den Strom.

COMMONS IM POSTKAPITALISMUS

„Für mich sind Commons vergemeinschaftetes Eigentum, für das die Community verantwortlich ist. Damit ist immer Selbstorganisation verbunden. Wo Eigentum geteilt wird, muss auch der Entscheidungsprozess kollektiv erfolgen. Über Jahrhunderte haben Gruppen an verschiedenen Orten der Welt ihr Zusammenleben so organisiert. Vor allem in Afrika gibt es bis heute Gemeindeland.“ So erklärt Silvia Federici, Professorin für politische Philosophie und Frauenstudien ihr Verständnis von Commons. Auch Jeremy Rifkin beschreibt in seinem 2014 erschienenem Buch „Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft“ viele neue Formen der Organisation des Lebens unter dem Commonsprinzip. Im Mittelpunkt stehen immer Gemeingüter, sogenannte Allmende. Die Produktionsmittel sollen im Besitz jener sein, die sie gebrauchen. Doch das bedeutet nicht, dass jede/r jeder/m alles wegnehmen kann. Wer ein Gut braucht und es gebraucht, soll es besitzen. Am Beispiel einer Immobilie heißt das: Wer in einer Wohnung wohnt, besitzt sie, kann sie aber nicht verkaufen. Die Produktion in einer Commons-Gesellschaft soll hierarchiefrei in einer Gemeinschaft stattfinden. Für die Nutzung soll es feste Regeln geben. Die Ökonomin Friederike Habermann nutzt den Begriff der „Ecommony“ und nennt dafür folgende Grundsätze:

- Besitz statt Eigentum an Produktionsmitteln, Land, Häusern, Transportmitteln und Infrastruktur.
- Teilen, was man kann: Wissen, Dienstleistungen, Gegenstände sollen in der Gemeinschaft geteilt werden.
- Selbstorganisation statt anordnender Autoritäten und Gruppenzwang.
- Beitragen statt verwerten: Jede Ressource könne dazu beitragen, um gemeinsam zu produzieren, statt jede Tätigkeit und jedes Produkt gegen Geld zu tauschen.

Jeremy Rifkin geht davon aus, dass die technologische Entwicklung zum Absterben des Kapitalismus führe. Vor allem in den Bereichen Kommunikation, Energie, Logistik und 3D-Druck schrumpfen die Produktionskosten so stark, dass kaum noch Profit machbar ist, gleichzeitig sei die Produktion selbst so effektiv wie nie. Güter werden durch neue Technologien praktisch kostenlos produzierbar, der Austausch von Eigentum auf Märkten käme zum Erliegen. Das wäre das Ende für den Kapitalismus.

Rifkin entwickelt den alten Commons-Ansatz für die Zeit der Digitalisierung weiter. Anstelle der Marktwirtschaft sieht er eine Wirtschaftsweise treten, in der immer mehr Güter und Dienstleistungen durch sogenannte Peer-to-Peer-Netzwerke entstehen. Die Digitalisierung macht eine weltweite gemeinschaftliche Netzwerk-Produktion erst möglich. Das Internet der Dinge verbindet potenziell jeden Menschen mit jedem anderen zu einer weltumspannenden Commons-Gemeinschaft. Der offene Zugang setzt das Eigentum außer Kraft – es wird geteilt und gemeinsam produziert. Erfolgreiche digitale Commons-Projekte sind beispielsweise Wikipedia und Open-Source-Software, auf der praktisch das gesamte Internet basiert.

Das Problem der Allmende-Güter besteht vor allem in der gemeinschaftlichen Umsetzung: Das Konzept kann nur funktionieren, wenn die Produktion in demokratischen Prozessen legitimiert ist – dafür bräuchte es kleine Gemeinschaften, die die Commons gebrauchen und bedürfnisorientiert produzieren. Die Commons-Aktivistin Silke Helfrich meint, es dürfe keine Übernutzung von Land oder Wasser sowie keine Unternutzung (z. B. von Wissen) stattfinden.



ZUM WEITERLESEN

- Giacomo Corneo: Bessere Welt. Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme, 2014
- Frederike Habermann: Ecommony. UmCARE zum Miteinander, 2016
- Fritz Perez Naphtali: Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel. Mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner, 1966
- Jeremy Rifkin: Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft, 2014
- Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, 2014

BEDINGUNGSLOSES

DER ANFANG DER FREIHEIT

DAS KÖNNTE UNSER LEBEN REVOLUTIONIEREN, WEIL ES DEN ZWANG ZUR ERWERBSARBEIT ABSCHAFFT.

PRO Das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ist bestechend einfach: Jeder Mensch hat demnach einen individuellen garantierten Rechtsanspruch auf eine monatliche Auszahlung. Und zwar ganz ohne den Zwang zur Arbeit oder einer anderen Gegenleistung. Der Idee nach soll auch keine Bedürftigkeitsprüfung stattfinden. Deshalb wird es bedingungslos genannt. Wie viel ausgezahlt wird? Sagen wir mal so – da gehen die Meinungen auseinander. Klar ist: Es soll zum Leben reichen, also existenzsichernd sein. Klingt utopisch? Stimmt, aber es spricht überraschend viel dafür.

Die Digitalisierung verändert unsere gesamte Arbeitswelt radikal. Experten/innen schätzen, dass Millionen Jobs verloren gehen und 50 Prozent der Beschäftigten ohne Erwerbsarbeit dastehen könnten. Klar, es werden auch viele neue Arbeitsplätze entstehen. Als sicher gilt aber, dass gerade einfachste Tätigkeiten wegfallen. Gerade un- und angelernte Arbeiter/innen bzw. Geringqualifizierte brauchen neue Perspektiven. Eine Lösung ist Weiterbildung. Eine weitere das bedingungslose Grundeinkommen. Denn mit dessen Hilfe können unsere hochkomplexen Gesellschaften die vierte industrielle Revolution meistern. Grundeinkommen schaffen einen Ausgleich zur Leistungsgesellschaft. Sie verleihen Existenzsicherheit – niemand muss Angst haben, nicht überleben zu können. Das verringert soziale Spannungen und entschärft gesellschaftliche Konflikte.

Voraussetzung dafür ist eine angemessene, existenzsichernde Höhe des BGE. Ein existenzsicherndes Grundeinkommen bietet uns die Freiheit, weiter zu denken und uns auf die Suche nach neuen, kreativen Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu begeben. Ohne den ständigen Druck zur Erwerbsarbeit lässt sich nicht nur das eigene Leben besser planen und gestalten. Auch die Gesellschaft würde anders funktionieren. Wir alle hätten mehr Zeit für gesellschaftliche Teilhabe und ehrenamtliche Tätigkeiten. Und wir hätten mehr Ressourcen für Arbeit in Geflüchteten-Initiativen, sozialen Bewegungen, Sportvereinen oder in ökologischen Nichtregierungsorganisationen. Mit einem Grundeinkommen könnten wir einen neuen Arbeitsbegriff leben, der nicht nur Erwerbsarbeit meint. Weil mehr Zeit für andere Tätigkeiten bliebe und wir uns nicht einzig und allein über unseren bezahlten Job definieren würden. Das BGE könnte zudem eine Revolution in Sachen Reproduktions- und Sorgearbeit darstellen, die damit endlich auch als Arbeit anerkannt

und vergütet würde. Das wäre eine große Entlastung, vor allem für Frauen – denn sie sind es immer noch, die größtenteils die Kinder großziehen und Familienangehörige pflegen. Gerade alleinerziehende Mütter leben oft in finanzieller Unsicherheit und müssen sich und die Kinder mit Teilzeit-Jobs über Wasser halten. Darüber hinaus wäre mit dem BGE aber auch eine geschlechtergerechte Umverteilung von Sorgearbeit möglich. Mit einem Grundeinkommen kann sie auf mehrere Schultern verteilt werden – denn es gibt einfach mehr Zeit für all das.

Ein BGE sorgt nicht nur für Entlastung und nimmt Menschen Existenzängste. Es schafft auch Freiräume, um die Gesellschaft anders zu denken. Wer (zusätzlich) abgesichert ist, kann sich anders einbringen und sozial engagieren. Das könnte krasse kreative Energien freisetzen und wie ein Beschleuniger in der gesellschaftlichen Entwicklung wirken. Heute ist es doch so: Wir gehen zur Schule und machen eine Ausbildung, um schließlich mehr als vierzig Jahre lang vierzig Stunden die Woche zu arbeiten. Mit letzter Kraft schleppt man sich zum Sport. Bücher liest man, um besser einschlafen zu können, weil der Wecker bald schon wieder klingelt. Ein oder zwei Mal im Jahr geht es ab in den Urlaub. Ziemlich eintönig, oder? Wir kennen nichts anderes als diesen Trott. Ein Grundeinkommen bietet die fantastische Chance, die individuelle Freiheit und die gesellschaftliche Solidarität gleichzeitig zu erhöhen. Was könnte in dieser Welt möglich sein, wenn alle Menschen die Chance hätten, sich gemäß ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten zu entfalten? Wie sähe eine Gesellschaft aus, in der nicht jede Arbeit angenommen werden muss? Mit einem Grundeinkommen in der Tasche können Menschen viel freier entscheiden, ob und vor allem welcher Arbeit sie nachgehen wollen. Gesundheitsgefährdende, unökologische, unsoziale oder auch einfach nur ganz mies bezahlte Jobs beispielsweise wären schwieriger zu vermitteln. Das wäre eine Machtverschiebung – auch für die gewerkschaftlichen Kämpfe von morgen.

Die Stärke eines Grundeinkommens liegt nicht bloß in der monatlichen Überweisung. Sie liegt vielmehr im Vertrauensvorschuss, den jede/r bekommt. Insofern kann ein BGE auch gesellschaftlich integrativ wirken und unter Umständen auch bereits abgehängt Gegläubte zurückholen. Gerech am Grundeinkommen ist genau seine Bedingungslosigkeit.

GRUNDEINKOMMEN?

DER WOLF IM SCHAFSPELZ

DAS KLINGT NUR SO LANGE CHARMANT, WIE MAN NICHT ERNSTHAFT DARÜBER NACHDENKT.

CONTRA Das Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) scheint eine charmante Idee zu sein: Verspricht es doch etwas Sozialismus im Kapitalismus. Viel Freizeit und keine Geldsorgen? Das klingt in unruhigen Zeiten erlösend: Kein Amt, bei dem man Anträge einreichen muss, um beispielsweise Berufsbildungsbeihilfe zu beantragen.

Doch leider hält das BGE nicht das, was es verspricht. Die soziale Ungleichheit wird nicht abgeschafft. Wer reich ist, bleibt reich. Wer arm ist, arm. Das Grundeinkommen ist also nicht egalitär: Soll es gerecht zugehen, muss Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Und es ist eben genau das Gegenteil von gerecht, allen – unabhängig von ihrer Bedürftigkeit – den gleichen Betrag zu zahlen. Beim BGE haben sowohl die Millionärin als auch der Minijobber Anspruch. Der soziale Status wird damit zementiert. Das BGE interessiert sich nicht für die Lebensumstände der Menschen – per Gießkannenprinzip gibt es eine Mini-Absicherung für alle. Was aber ist beispielsweise mit chronisch Kranken? Mit Behinderten? Wer zahlt die teuren Geräte, wer die intensive Betreuung?

Dafür gibt es beim BGE keine (realistische) Lösung. Allein schon aus Kostengründen müsste die gesamte Sozialversicherung (Kranken-, Renten und Arbeitslosenversicherung) abgeschafft werden. Denn: Um beispielweise allen 82,8 Millionen Einwohnern/innen Deutschlands ein Grundeinkommen in Höhe von 1.000 Euro monatlich zahlen zu können, wie es einige Modelle vorsehen, müsste man knapp eine Billion Euro aufwenden. Das ist fast ein Drittel des Gesamteinkommens unseres Landes. In neoliberalen Modellen wird schon nur noch mit 600 oder 800 Euro als partiellem Grundeinkommen gerechnet.

Schaffte man nun aber die Sozialversicherung ab, wirkt das BGE bereits gar nicht mehr so charmant: Denn mit 1.000 Euro monatlich oder weniger kommt man nicht weit. Schon gar nicht, wenn man eine komplexe Pflegebehandlung braucht. Und auch wenn man die Entwicklungen der Mieten in den Städten betrachtet, wird schnell klar: 1.000 Euro beenden nicht den Zwang zur Erwerbsarbeit – außer vielleicht für sowieso schon Privilegierte.

Oft wird angeführt, dass ohne Bedarfsprüfungen auf staatlicher Seite viele Kosten eingespart werden können. Das mag sein. Allerdings sind auch weniger Steuereinnahmen durch einen etwaigen Rückgang von Erwerbsarbeit möglich. Am Ende ist es ein Nullsummenspiel für die gesamte Gesellschaft. Und es bleibt nichts von der Utopie, nicht mehr arbeiten zu müssen. Denn das BGE wird maximal eine Minimalabsicherung sein. Erwerbsarbeit wird weiterhin nötig sein.

Doch welche Arbeit dürfte das sein? Befürworter/innen des BGE sehen die Chance für eine neue Arbeitskultur. Allerdings könnte ein noch viel größerer Niedriglohnssektor entstehen, denn auch die Arbeitgeberseite wird das Grundeinkommen als Chance begreifen. Und zwar als Chance dafür, Entgelte zu drücken. Denn das partielle Grundeinkommen würde in die Lohngestaltung mit-einberechnet.

Grundeinkommen werden durch Steuern finanziert. Sinkt allerdings die Wertschöpfung, reduzieren sich auch die Steuergelder. Dann müsste das BGE gekürzt werden, während sich gleichzeitig die Steuern erhöhen, allen voran vermutlich die Mehrwertsteuer, die jede/n trifft. Wenn aber das Leben teurer wird, verliert das Grundeinkommen an Wert. Dazu kommt, dass die Nettopreise nicht stabil bleiben würden. Wenn jede/r 1.000 Euro monatlich mehr in der Tasche hat, zögern die Unternehmen nicht lange, bevor sie die Preise anheben. Das heißt, dass Verbraucher/innen, zumindest kurzfristig, die hohen Preise nicht umgehen können. Das betraf vor allem Benzin, Strom, Mietwohnungen und Grundnahrungsmittel – alles für den täglichen Bedarf.

Am Ende ist das Grundeinkommen aber hauptsächlich eins: Nicht solidarisch. Gerade ärmere Menschen haben viel zu verlieren. Und vor allem diejenigen, die nicht noch zusätzlich arbeiten können, blieben auf der Strecke. Vielmehr noch: Das Grundeinkommen könnte die Gesellschaft noch stärker spalten. Denn es verrät den Gedanken der Solidarität, der sich in unserer Sozialversicherung manifestiert und demzufolge die Starken die Schwächeren unterstützen. In diesem Sinne wäre das Grundeinkommen ein weiterer Schritt in Richtung neoliberale Entstaatlichung. Die Folge wäre eine noch stärkere Individualisierung der Gesellschaft. Denn ohne solidarische Finanzierung aller Lebensrisiken (Erwerbslosigkeit, Krankheit, Alter) sind die Menschen auf sich ganz allein zurückgeworfen.

Am Ende einer gesellschaftlichen Debatte würde wohl ein Kompromiss zwischen einem neoliberalen und einem existenzsichernden Modell herauskommen. Und damit ein Betrag, der nicht für die Sicherung des Status Quo oder gar für große Sprünge im Leben taugt. Damit wäre die Wahrscheinlichkeit hoch, dass das BGE letztlich auf oder gar unter das Arbeitslosengeld-II-Niveau fallen könnte. Das wären dann nur noch gute 400 Euro. Wenn man sich auf das Traum-BGE einlässt, kann es also sein, dass man im Almosenstaat aufwacht.



GELD IST FÜR ALLE DA

UND WAS TARIFFPOLITIK DAMIT ZU TUN HAT

Ein Text von Michael Schmitzer



Tarifverträge setzen Standards – auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Sie begrenzen das Machtungleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten. Und sorgen so für mehr Gerechtigkeit.

Jede/r von uns hat jeden Tag mit Tarifen zu tun. Sei es im öffentlichen Personennahverkehr, bei einer Versicherung oder im Mobilfunkbereich: Tarife legen feste Bedingungen für das Erbringen von Leistungen fest. Sie setzen also ein Angebot qualitativ und quantitativ in eine transparente Beziehung. Und können somit dabei helfen, Willkür bei der Preisbestimmung einzudämmen.

Auch in der Arbeitswelt gibt es Tarife. Und auch hier haben sie die Funktion, Vergleichbarkeit herzustellen und so eine Gleichbehandlung von Gleichem sicherzustellen. Denn müsste jede/r Beschäftigte allein und für sich selbst alle Regelungen seines bzw. ihres Arbeitsverhältnisses aushandeln, sähen die Ergebnisse wesentlich schlechter aus als das, was wir heute als Standards für eine gute Arbeit kennen. Warum? Weil die Arbeitgeber strukturell in der mächtigeren Position sind. Denn sie besitzen die Produktionsmittel. Während abhängig Beschäftigte doppelt frei sind: Sie sind zwar frei von Leibeigenschaft, Sklaverei und direkter personaler Abhängigkeit und Herrschaft. Gleichzeitig sind sie aber auch frei von Produktionsmitteln, verfügen also nicht über sie und können daher nichts eigenständig produzieren. Es bleibt ihnen deshalb nichts anderes als ihre Arbeitskraft, die sie verkaufen müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Tarifverträge schaffen klare Ansprüche für die Beschäftigten. Und einen klaren Rahmen für die Arbeitgeber. Der Grundsatz lautet, gleichwertige Arbeit muss den gleichen Standards unterliegen – sei es in Bezug auf die Arbeitszeit, den Urlaubsanspruch oder das Entgelt.



Gerechtigkeit ist keine Frage individueller Leistungsfähigkeit. Gerechtigkeit ist eine Frage politischen Willens und damit eine gesellschaftliche Herausforderung. Gewerkschaftliche Tarifpolitik kann dabei ein empowerndes Instrument sein. Denn sie sorgt tatsächlich für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Und zeigt gleichzeitig, dass Engagement und Solidarität uns alle gemeinsam weiterbringen.

FOKUS BETRIEB: DEN KUCHEN FAIR AUFTEILEN

Der im Betrieb geltende Tarifvertrag sorgt also dafür, dass der Kuchen gleichmäßig und in einem angemessenen Verhältnis auf alle Bäcker/innen verteilt wird. Und wenn jemand denkt, zu wenig zu bekommen, stehen verlässliche Konfliktlösungsmechanismen zur Verfügung. Das wäre anders, wenn es keinen übergreifenden Rahmen gäbe. Dann könnte es nämlich sein, dass jede/r Beschäftigte unterschiedliche Ansprüche aus dem individuellen Arbeitsvertrag hätte. Gleiche Arbeit und gleicher Einsatz müssten dann nicht gleich vergütet werden. Mehr Urlaub hat dann, wer besser verhandelt hat. Und die Arbeitszeit bewegt sich frei zwischen null und 48 Stunden in der Woche.

FOKUS BRANCHE: ORDNUNGSPOLITISCHES INSTRUMENT

Tarifverträge schaffen – als Flächentarifverträge – auch Ausgleich in einer Branche. Es gibt immer Unternehmen, die am Markt bessere Preise durchsetzen können als andere. Das hat mit verschiedenen Faktoren zu tun, schafft aber ein strukturelles Ungleichgewicht. Die Unternehmen haben dann verschiedene Möglichkeiten, ihre Kosten-Nutzen-Relation zu skalieren. Um die Wertschöpfung zu steigern, wird in der Regel Druck auf die Kosten für Rohstoffe und auf die Kosten für Arbeitskräfte ausgeübt. Da in unseren verwickelten Abhängigkeiten von Zulieferern der Druck auf die Kosten der Rohstoffe auch immer Druck auf die Kosten von Zulieferteilen bedeutet, tritt eine äußerst unangenehme Spirale in Gang, denn auf der nächsten Ebene steigert sich dann der Druck auf die Arbeitskosten überproportional. Daher dient der Flächentarifvertrag auch als Schutzmechanismus davor, dass der Druck zur Kostenreduktion beliebig in der Zuliefererkette weitergegeben wird.

FOKUS VOLKSWIRTSCHAFT: GESAMTWIRTSCHAFTLICHE EFFEKTE

Unsere Tarifpolitik orientiert sich immer an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Zum Beispiel ergibt sich der sogenannte verteilungsneutrale Spielraum für Entgelterhöhungen aus der Höhe der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung und der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank – womit inzwischen auch ein Aspekt in die Berechnung aufgenommen wurde, der dem fortschreitenden Zusammenwachsen des Wirtschaftsraumes Europa Rechnung trägt. „Verteilungsneutral“ meint, dass die grundsätzliche Verteilung der Gewinne zwischen Unternehmen und abhängig Beschäftigten nicht angetastet wird. Das Verhältnis zwischen dem Anteil der Arbeitnehmer/innen und dem der Unternehmensgewinne am erwirtschafteten Volkseinkommen bleibt gleich. Was wiederum bedeutet, dass auf lange Sicht die Verteilungsschere zwischen Unternehmen und abhängig Beschäftigten immer weiter auseinandergeht. Deshalb kommt in unseren Tarifforderungen noch ein dritter Bestandteil hinzu – die sogenannte Umverteilungskomponente. Sie soll dafür sorgen, dass auch die Beschäftigten vom wirtschaftlichen Erfolg profitieren. Inwieweit das gelingt, hängt von verschiedenen Faktoren ab, etwa der Auftragslage, der Gewinnsituation und den Wirtschaftsaussichten der Branche. Und nicht zuletzt auch von der Mitgliederstärke der IG Metall und der Bereitschaft der Belegschaften, für ihren fairen Anteil an dem von ihnen erwirtschafteten Wohlstandszuwachs zu kämpfen.

Warum ist es wichtig, sich an gesamtwirtschaftlichen Faktoren zu orientieren? Wenn sich eine Branche nur an den eigenen Belangen orientieren würde, stiegen die Entgelte in den Branchen, die die stärksten Produktivitätssteigerungen haben und die größten Preiserhöhungen am Markt durchsetzen können, überproportional gegenüber denen in schwächeren Branchen. Damit würde sich auch unter den abhängig Beschäftigten die Schere schnell öffnen. Deshalb ist es wichtig, dass in allen Branchen der verteilungsneutrale Spielraum gleichmäßig ausgeschöpft wird. Die Lohnzurückhaltung der Nullerjahre hat hier zu enormen Verwerfungen geführt, worunter die gesamte Volkswirtschaft noch lange leiden wird. Das hat inzwischen auch die Europäische Zentralbank erkannt, deren Präsident Mario Draghi schon seit Längerem eine expansive Entgeltspolitik fordert, um die Binnennachfrage zu stärken und damit vor allem auch die Dienstleistungsbereiche, die strukturell stark benachteiligt wurden und sind. Durch eine Erhöhung der Entgelte wird die Kaufkraft und damit die Binnennachfrage gesteigert. Das stärkt den gesamten Wirtschaftsstandort.

Tarifpolitik findet nicht hinter verschlossenen Türen statt, sondern in den Betrieben, auf Versammlungen, in Diskussionsrunden und auf Aktionen.

FOKUS INTERNATIONAL: DEN ABWÄRTSTREND STOPPEN

Tarifverträge wirken auch über den nationalen Tellerrand hinaus – wenn sich Gewerkschaften absprechen und nicht gegeneinander ausspielen lassen. Die neoliberale Doktrin von der „heilenden Kraft des freien Marktes“ hat zu einem „race to the bottom“ geführt – einem Wettlauf nach unten, einer Abwärtsspirale. Unter anderem, weil verschiedene Länder ihre Konkurrenzfähigkeit dadurch steigern wollten, in erster Linie für Unternehmen möglichst günstige Bedingungen zu schaffen. Und günstig meint in diesem Zusammenhang fast immer billig. Also musste der Faktor Arbeitskraft auch möglichst billig sein, damit die Unternehmen sich in ihren Investitionsentscheidungen beeindruckt zeigten. So konnten schlussendlich zwar neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Entgelte allerdings sanken und reichten irgendwann nicht mehr zum Leben, geschweige denn dafür, eine Familie zu ernähren. Gleichzeitig führten begleitende umfangreiche Steuerentlastungen der Unternehmen zu wachsenden Defiziten in den Staatshaushalten. Um die notwendige Infrastruktur aufrecht zu erhalten – Schulen, Verkehrswege, gesellschaftliche Einrichtungen – wurde die Mehrheit der Bevölkerung immer größeren Belastungen ausgesetzt. Während die Kapitaleseite immer reicher wurde.

Gewerkschaften haben daher die Pflicht, sich in ihrer Tarifpolitik international zu koordinieren. Und den verteilungsneutralen Spielraum konsequent auszuschöpfen. Denn jedes Mal, wenn das nicht passiert, wird ein/e Reiche/r noch reicher – und viele abhängig Beschäftigte werden langfristig von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Im internationalen Kontext dürfen natürlich der Außenhandelsüberschuss bzw. das Außenhandelsdefizit der einzelnen Staaten nicht aus den Augen gelassen werden. Aber auch hier kann eine engagierte Entgeltspolitik für Ausgleich und damit für mehr Gerechtigkeit sorgen.

FOKUS WIR: GEMEINSAM FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

Tarifverträge verbessern unsere Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie sorgen für höhere Entgelte, bessere Arbeitszeiten, mehr Urlaub. Sie schaffen Möglichkeiten zur Weiterbildung und Qualifizierung – und wirken so der bestehenden Bildungsgerechtigkeit entgegen. Sie begrenzen die geschlechtsbedingte Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen – und sorgen so für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Und das Beste ist: Tarifverträge werden von uns gemacht. Denn Tarifpolitik findet nicht hinter verschlossenen Türen statt. Sondern in den Betrieben und Unternehmen, auf Versammlungen, in Diskussionsrunden, auf Aktionen und – wenn es sein muss – auch in Form von Warnstreiks und Streiks. Wir alle können uns aktiv einbringen und unsere Arbeit und unser Leben mitgestalten. Welche Forderungen aufgestellt werden, wofür gekämpft wird und was am Ende durchgesetzt wird, liegt an jeder und jedem Einzelnen und uns allen gemeinsam. Eine gerechtere Welt ist möglich. Sie beginnt heute und hier: Mit dir.

MATERIALSAMMLUNG

BÜCHER

Oliver Nachtwey: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016

► Oliver Nachtwey erzählt von der Krise des Kapitalismus und stellt die These auf, dass die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs als zentrales Versprechen unserer Gesellschaft der Vergangenheit angehört. Gleichzeitig beschreibt er die Ursachen dieses Bruchs und befasst sich mit dem Konfliktpotenzial, das dadurch entsteht. Auch hierzulande haben Auseinandersetzungen um die Zukunft begonnen: Soziale Bewegungen auf der einen Seite, rassistische und rechtspopulistische Mobilisierung auf der anderen.

Giesela Notz: Theorie alternativen Wirtschaftens, Göttingen 2012

► Die Einführung liefert eine Darstellung exemplarischer Theorien alternativen Wirtschaftens und ihrer Umsetzung in der Praxis. Mit dabei: die Genossenschaftsbewegung, die Alternativbewegung der 1970er Jahre, die Kommunebewegung, die Ökonomie des Gemeinwesens und kommunale Gemeinschaftsgärten. Vorgestellt werden zudem die theoretischen Modelle und ihre Protagonisten/innen – von den Frühsozialisten/innen bis heute.

Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin 2016

► Wer zahlt den Preis für unseren Wohlstand? Der Soziologe Stephan Lessenich über das soziale Versagen unserer Weltordnung – eine Analyse globaler Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse.

Karl Marx. Kritik des Kapitalismus – Schriften zu Philosophie, Ökonomie, Politik und Soziologie. Herausgegeben von Florian Butollo und Oliver Nachtwey. Berlin 2018

► Der Kapitalismus hat sich global entfaltet, sein Versprechen sozialer Stabilität vermag er kaum einzulösen. Karl Marx' Werk erlebt dieser Tage eine Renaissance. Die Herausgeber haben seine wichtigsten Texte einleitend kommentiert zusammengestellt und machen damit deutlich, wie wichtig Marx auch für die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus ist.

Nancy Fraser, Paul Mason, Oliver Nachtwey, Wolfgang Streeck, Slavoj Žižek: Die große Regression – Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin 2017

► Nationalistische Parteien erstarken in ganz Europa, es gibt eine tiefgreifende Krise der EU, eine Verrohung öffentlicher Diskurse. In dem Sammelband werden Ursache für die aktuelle Regression untersucht, Szenarien für die nächsten Jahre erörtert und Strategien diskutiert, die diesen Entwicklungen entgegenwirken können.

Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart 2005

► Michael Heinrich führt in Marx' Kritik ein und erläutert die wichtigsten Begriffe seiner Theorie. Sehr lesenswert.

Paul Mason: Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie. Berlin 2016

► Der britische Journalist zeigt auf, wie seiner Meinung nach aus den Trümmern des Neoliberalismus eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft errichtet werden kann. Er greift dabei auf die Theorien von Marx, Negri, Piketty u. a. zurück und beschreibt einen möglichen Transformationsprozess in einer digitalisierten Gesellschaft.

Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München 2014

► Wie funktioniert Akkumulation? Wie die Verteilung von Kapital? Im 800-Seiten-Wälzer untersucht der französische Ökonom nicht nur diese Frage, sondern wertet auch die Daten aus 20 Ländern aus, um wichtige ökonomische und soziale Muster freizulegen.

Didier Eribon: Rückkehr nach Reims. Berlin 2016

► Der Autor reist nach Jahrzehnten anlässlich des Todes seines Vaters wieder in seine Heimatstadt in der französischen Provinz. Davon ausgehend erzählt er von seiner Herkunft aus einer armen Arbeiterfamilie und darüber, wie schwer es ihm mit diesem Hintergrund fiel, in der Pariser Gesellschaft Fuß zu fassen. Eribon liefert eine Analyse des sozialen und intellektuellen Lebens seit den 1950er Jahren und fragt, warum ein der Teil der Arbeiterschaft zum extrem rechten Front National übergelaufen ist.

John Rawls: Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 1979

► Unter dem Rückgriff auf die klassische Vertragstheorie und die moderne Entscheidungs- und Spieltheorie entwickelt Rawls Prinzipien der Gerechtigkeit und wendet sie auf die Grundinstitutionen moderner Gesellschaften an.

Silvia Federici: Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster 2012

► Die feministisch-marxistische Theoretikerin und Aktivistin formuliert eine aktuelle Kritik der Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und plädiert für eine feministische Politik der Commons.

Silvia Federici: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien 2012

► Federicis Studie ist eine Ergänzung der Marx'schen Schilderung der „Einhegung“ und somit der Entstehung des Kapitalismus. Sie untersucht dabei die kapitalistische Verwertung der gesellschaftlichen Reproduktion – ausgehend von den Bauernaufständen im Spätmittelalter.

Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin 1913

► Die ökonomische Schrift von Luxemburg war ein wichtiger Beitrag zur Imperialismus-Debatte vor dem Ersten Weltkrieg. Sie bezieht sich auf Marx' Theorie zur ursprünglichen Akkumulation, untersucht vor allem die Integration vorkapitalistischer Wirtschaftsformen in den Kapitalismus und liefert eine Kritik des Kolonialismus.

Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus. Berlin 2017

► Die Publikation versteht sich als kritische Einführung in den Neoliberalismus, skizziert seine ökonomischen Grundlagen und stellt verschiedene Denkschulen vor. Zudem werden die Folgen neoliberaler Politik für Sozialstaat und Demokratie behandelt.

Wendy Brown: Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. Berlin 2015

► Die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Brown sieht im Neoliberalismus mehr als nur eine Wirtschaftspolitik oder Neuordnung der Verhältnisse von Staat und Wirtschaft. Vielmehr handele es sich um eine Neuordnung des gesamten Denkens, die alle Bereiche des Lebens durchzieht – mit fatalen Folgen für die Demokratie.

Felix Heidenreich: Theorien der Gerechtigkeit. Eine Einführung. Leverkusen 2011

► Anhand ausgewählter Theoretiker/innen führt der Band systematisch in die Geschichte des Gerechtigkeitsbegriffs ein – von der Antike bis zur Moderne.

RADIO-FEATURE

Peter Kessen: Schlaraffenland auf dem Konto? Das bedingungslose Grundeinkommen. 2017, WDR; abrufbar bis 3.12.2018 unter: www.ardmediathek.de/radio/Dok-5-Das-Feature/Schlaraffenland-auf-dem-Konto-Das-bedin/WDR-5/Audio?bcastId=47040864&documentId=48100092

► Für die einen ist es das Tor zur sozialen Gerechtigkeit, für andere neoliberaler Schwindel. Ein Pro und Contra zum Hören.

FILME

Ulrike Bremer: Der Wohlstandsreport. 2017, ARD; abrufbar bis 22.11.2018 unter: www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/der-wohlstandsreport-100.html

► Die soziale Ungleichheit in Deutschland nimmt immer weiter zu. Die Reportage ergründet Ursachen.

Martin Scorsese: The Wolf of Wall Street. 2013

► Der Spielfilm erzählt die wahre Geschichte des Börsenmaklers Jordan Belfort und zeigt die Absurditäten und persönlichen Untiefen des kapitalistischen Profitstrebens. Grandios gespielt von Leonardo DiCaprio.

Nigel Cole: We Want Sex. 2010

► 1960er-Jahre in einem Vorort von London: Die Hauptfigur Rita arbeitet als Näherin bei Ford. In der Fabrik herrschen Rückständigkeit und Sexismus. Rita und ihre Freundinnen wehren sich dagegen – mit Solidarität und langem Atem.

ARBEITSHILFEN

Solidarität ohne Grenzen. Starkmachen für globale Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 2015. Themenheft des Vorstands der IG Metall, zu beziehen über: IGM-Produkt-Nr. 32989-59004; abrufbar unter: www.igmetall.de/2015_Themenheft_Globalisierung_7461a7037182185e3273d37237a46cfced8d6296.pdf

► In Zeiten der Globalisierung steht auch die Arbeit der Gewerkschaften vor großen Herausforderungen. Das Themenheft beleuchtet daher Fragen internationaler Solidarität und Gewerkschaftsarbeit.

MAGAZINE

fluter. Nr. 64 Reichtum, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2017, downloadbar unter: www.fluter.de/heft64

► Ein Magazin zu verschiedenen Facetten von Reichtum und dessen Verteilung. Mit Reportagen, Interviews und vielen Fotos sowie Grafiken.

ONLINE

marx200.org

► Ein Online-Angebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Helle Panke e.V. zu 200 Jahre Marx, 150 Jahre „Das Kapital“ und 100 Jahre Oktoberrevolution. Mit Mediathek, Texten, Links.

Raul Zelik: Postkapitalistische Perspektiven. 2017, www.deutschlandfunk.de/oekonomisches-weltsystem-postkapitalistische-perspektiven.1184.de.html?dram:article_id=377145

► Der Kapitalismus ist Zelik zufolge dabei, sich zu Tode zu siegen. Auf der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen kommen wir um die Frage nach dem Gemeineigentum nicht herum.

IMPRESSUM

Herausgeber

IG Metall Vorstand
Ressort Junge IG Metall
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main

Konzept und Text

IG Metall Jugend in Zusammenarbeit mit
goldenbogen. politische kommunikation
unter Mitarbeit von Ric Graf, Holger Heiland,
Hark Machnik und Frank Engster

Gestaltung

4S Design

Fotos

Meiko Herrmann, S. 2 Annette Hornischer/IG Metall,
S. 8 MicrovOne/istockphoto.de, S. 54, 56: Thomas Range

Druck

alpha print medien AG, Darmstadt

1. Auflage Dezember 2017

Gefördert vom Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

**„Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der,
der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil
an den großen Gütern der Menschheit hat.“**

Rosa Luxemburg